

Handelskrieg nur aufgeschoben Seite 8
 Entlassungen im Stahlbereich Seite 11
 Kein Verlaß auf Polizei & Justiz Seite 2

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 147 - Dezember 1992/ Januar 1993

1,- DM - Solidaritätspreis: 3,- DM

In den letzten Wochen haben Hunderttausende gegen den Terror von Rechts und für die Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen demonstriert. Diese Proteste waren ein deutliches Zeichen gegen Rassisten und Faschisten. Aber der Nazi-Terror geht weiter. Die Morde von Berlin und Mölln zeigen deutlich, daß große Demonstrationen allein nicht ausreichen, um die Nazis zu stoppen.

Die Brandstifter von Mölln und die Nazi-Banden in ganz Deutschland bekommen ihre Zündhölzer von den Biedermännern in Bonn. Seit über einem Jahr betreibt die CDU/CSU eine rassistische Hetzkampagne gegen Asylbewerber. Flüchtlinge werden zum Sündenbock für soziale Probleme wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Kürzungen im Sozialbereich gemacht. Die Regierung und die Unternehmer wollen so von ihrer Verantwortung für den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft und die Krise ihrer kapitalistischen Marktwirtschaft ablenken. Deutsche ArbeitnehmerInnen und Jugendliche sollen gegen Flüchtlinge und Zuwanderer aufgehetzt werden, damit sich die Millionäre, Miethaie, Bosse und Spekulanten weiterhin ungestört auf unsere Kosten bereichern können.

Aber die rassistische Hetze gegen Asylbewerber ist nur deshalb erfolgreich, weil alle großen Parteien dabei mitmachen. Die SPD trägt diskriminierende Politik gegen Flüchtlinge schon seit längerem mit. Die Zustimmung des SPD-Sonderparteitages zu einer Änderung des Grundgesetzartikels 16 hat entgegen der Behauptungen vieler SPD-Politiker nicht zu weniger, sondern zu mehr Gewalt gegen AusländerInnen geführt.

Seit über einem Jahr wird der Gewalt von Rechts weitgehend freier Lauf gelassen. Verurteilte Nazi-Gewalttäter erhalten lächerlich geringe Haftstrafen. Gegen Linke und Nazi-Gegner wurde und wird dagegen mit voller Härte vorgegangen. Die Regierung



redet vom „Terror rechts und links“ und unter dem Vorwand der Befämpfung rechter Gezeilich und strafaufrüsten. Wenn und Staat jetzt Maßnahmen gegen einige der terroristischen Nazi-Gruppen ergreifen, dann hauptsächlich weil sie Angst vor einer unabhängigen linken Gegenbewegung haben. Es gibt keinen Grund, sich im Kampf gegen die Nazis auf Polizei und Justiz zu verlassen.

Die Nazis sind straff organisiert und bauen gezielt ihr deutsches und internationales Netzwerk auf. Rassistische Politik gegen Flüchtlinge und Zuwanderer wird nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten europäischen Ländern betrieben.

Werdet aktiv gegen den Nazi-Terror!

Jugend gegen Rassismus in Europa will eine linke Gegenkraft organisieren, sowohl gegen die Nazis auf der Straße als auch gegen die rassistischen Schreibtischtäter in Regierungs- und Konzernetagen. Wir wollen dabei mit allen Kräften zusammenarbeiten, die aktiv etwas gegen Rassismus und Faschismus unternehmen wollen.

Wir fordern von den Führern der Gewerkschaften, der SPD und anderer linker Parteien, zusammen mit den von den Nazis direkt bedrohten ausländischen KollegInnen die Selbstverteidigung zu organisieren, zum Beispiel in Form von Nachbarschaftskomitees zum Schutz von Asylbewerberheimen. Außerdem darf den Nazis nicht die Straße überlassen werden. Die Verhinderung von Nazi-Aktivitäten und die Einschüchterung dieser Gruppen muß durch eine Mobilisierung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erreicht werden. Diese Maßnahmen müssen mit einer politischen Offensive gegen die Hetzkampagne der Rassisten in der Regierung verbunden werden.

Wir müssen die Arbeitnehmerorganisationen in die Pflicht nehmen, können jedoch nicht darauf warten, daß die Spitzen von SPD und Gewerkschaften endlich handeln. Darum fordern wir alle ausländischen und deutschen Jugendlichen, ArbeiterInnen und aktiven GewerkschafterInnen auf, beim Aufbau von Jugend gegen Rassismus in Europa als kämpferische, linke Gegenkraft gegen Rassismus und Faschismus in Deutschland und europaweit mitzuhelfen.

(Gründungserklärung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), beschlossen am 28.11.1992)



Auf der Demonstration gegen die Morde von Mölln am 24.11

Wie kam Hitler an die Macht?

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Wie damals die Juden werden heute die Asylbewerber als Sündenböcke für soziale Probleme präsentiert.

Wieder gibt es (zumindest inoffiziell) 6 Millionen Arbeitslose. Nazi-Terrorbanden morden und brand-

schatzen, rechtsextreme Parteien gewinnen an Wählerstimmen.

Steuern wir auf ein neues '33 zu? Was sind die Lehren aus der damaligen Niederlage für den heutigen Kampf gegen den Faschismus?

siehe Seiten 6 und 7.

Jugend gegen Rassismus in Europa

Unser Standpunkt:

Kein Verlaß auf Polizei und Justiz!

Nach den Morden in Mölln sprachen Regierungsvertreter nach zwei Jahren wachsendem Terror von Rechts plötzlich vom harten Durchgreifen gegen die rechte Szene. In Wirklichkeit reagierten sie auf die Aussagen von türkischen und linken Jugendlichen und ArbeiterInnen, daß es Zeit ist, sich zu bewaffnen, um sich zu verteidigen. Die Regierung beeilte sich, daß Gewaltmonopol des Staates zu verteidigen.

Auch wenn die Regierung jetzt aus Angst vor der Gegenbewegung symbolische und begrenzte Aktionen gegen einige militante Nazis durchführt, so hat sie doch kein Interesse daran, die Nazi-Szene zu zerschlagen. Schließlich bedroht sie nicht die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft, sondern schüchert Linke, ausländische ArbeiterInnen und Jugendliche ein. Der braune Terror hat der Regierung schon etwas genutzt: Die Zahl der Asylbewerber ist im November um 10.000 (ca. 20 Prozent) gegenüber Oktober gesunken.

SPD-Politiker, Grüne, Gewerkschaftsführer und Teile der Linken unterstützen die Regierung, indem sie die AusländerInnen und AntirassistInnen beschwichtigen: hofft auf Polizei und Gerichte und überläßt ihnen den Kampf gegen rechts.

Aber Justiz und Polizei sind nicht neutral, sondern verteidigen die kapitalistische Ordnung. Sie handeln nach dem Motto „Der Feind steht links“. Justiz- und Polizeiapparat sind nahtlos von der Weimarer Republik in die Nazi-Diktatur und dann in die Bundesrepublik übernommen worden. Kein einziger deutscher Richter wurde für seine Verbrechen unter Hitler zur Rechenschaft gezogen.

Die Fakten sprechen für sich:

- In den letzten beiden Jahren wurde gegen Linke knapp 300mal nach 129a („Bildung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“) ermittelt, aber nur 6mal gegen Rechte.
- In den sechs Terrornächten von Rostock-Lichtenhagen (21. bis 26. August) wurden laut Bundeskriminalamt 272 Personen festgenommen, von denen das BKA 27 als „Linksextremisten“ und ganze 2 (zwei!) als Rechtsextremisten ausweist. Die Linken hatten das versucht, was die Polizei nicht getan hat: Die angegriffenen AusländerInnen zu schützen. Bei den rechten Gewalttäter wird dagegen weitgehend der politische Hintergrund abgeleugnet – soweit sie überhaupt festgenommen wurden.
- Ende November hat das Landesarbeitsgericht in Hamm einen Antrag zurückgewiesen, den Landesvorsitzenden der NPD in Nordrheinwestfalen als ehrenamtlichen Richter abzusetzen. Weder die NPD-Zugehörigkeit, noch die Wahrnehmung einer herausragenden Position in der NPD reichen laut Gericht aus, ihn des Amtes zu entheben. Seinem Eintreten für ein Volksbegehren gegen Asylbewerber wurde als „einmaliger Entgleisung“ Verständnis entgegengebracht, da „der Stil der politischen Auseinandersetzung härter“ werde. (aus *Frankfurter Rundschau* vom 1.12.92)
- Günther Rühlemann, CDU-Stadtkämmerer in Dresden hatte als anonymen Anrufer mehrmals angekündigt, demnächst „mit einer Kalaschnikow ein Blutbad“ anrichten zu wollen, weil er sich von Ausländern bedroht fühle. Er bekam nicht einmal ein Disziplinarverfahren; die CDU nahm ihn in Schutz und lehnte seinen Rücktritt ab, denn dies sei doch „eine verhältnismäßig geringe Verfehlung im Vergleich zu den Rostocker Krawallen“. (*Der Spiegel* vom 30.11.92)
- Beim Prozeß gegen die Mörder des Angolaners Amadeu Antonio Kiowa (1990) fand man zunächst keine Beweise. Mehr als zwanzig voll ausgerüstete Polizisten waren in der Nähe gewesen, hatten sich aber nicht in der Lage gesehen, etwas dagegen zu tun, daß fünfzig Skinheads auf drei Menschen einschlugen. Weder sie noch drei Zivilfahnder konnten die Skinheads hinterher identifizieren. Zur Bestrafung kam es eher zufällig, weil einer der Täter gestanden hat. Der Richter sprach die geringstmöglichen Strafen aus. (aus *konkret*, Dezember 1992)

Sogar die Sozialrechtsprofessorin Monika Frommel, Direktorin des Instituts für Kriminologie an der Kieler Universität sagte in einem *Spiegel*-Interview (Nr. 49/92): „Offenbar wird Gewalt von rechts vom Generalbundesanwalt anders eingestuft als Gewalt von links. Gewalt von links galt bisher immer als organisierter Angriff auf den Staat; Gewalt von rechts wurde als Delikt von Einzeltätern verharmlost ... Wenn Repräsentanten des Staates oder der Gesellschaft verletzt oder getötet werden, sieht er den inneren Bestand gefährdet. Wenn Opfer bedroht sind, die ohnehin darunter leiden, daß sie ausgegrenzt werden, sah er den Bestand bisher nicht gefährdet. Das ist ein klassisches Zeichen für Blindheit auf dem rechten Auge... In Mutlangen und Wackersdorf haben Gerichte zum Beispiel gewaltfreie Blockierer von Militärstützpunkten oder Atomanlagen jahrelang unnachlässig verfolgt, in Eberswalde ist angesichts eines erschlagenen Angolaners Milde und Verständnis angesagt. Das ist politische Justiz wie sie nach dem Ersten Weltkrieg, zu Zeiten der Räte-Republik und des Beginns der Unregierbarkeit von Deutschland, geübt wurde.“

Auch die historischen Erfahrungen mit Polizei und Justiz (siehe Seiten 6 und 7) machen deutlich, daß die Arbeiterbewegung sich im Kampf gegen Rechts nur auf die eigene Kraft verlassen darf. Initiativen wie die der Betriebsräte und Vertrauensleute bei Hoesch, eine Telefonkette für Abwehrmaßnahmen gegen rassistische Übergriffe aufzubauen, müssen von den SPD- und Gewerkschaftsspitzen aufgegriffen werden. SPD und Gewerkschaften müssen die Zusammenarbeit mit der Regierung aufkündigen und gegen Rassismus und Nazis in die Offensive gehen. Dazu gehört auch die Organisation des Selbstschutzes und der Verteidigung der bedrohten KollegInnen und Flüchtlinge.

Feige Morde in Mölln

Die Trauer in Wut und Widerstand verwandeln!

Drei tote türkische Frauen bzw. Mädchen im Alter von einundfünfzig, vierzehn und zehn Jahren, neun zum Teil schwer Verletzte, das ist die erschütternde Bilanz des feigen Mordanschlags von Faschisten am 22.11. in Mölln.

Mittlerweile scheinen die Täter von der Polizei gefaßt, mehrere Skinheads, die schon vorher Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte versucht hatten. Angebliche Einzeltäter, nicht besonders von Intelligenz gesegnet, sollen eine durchorganisierte, „klug eingefädelte“ Tat begangen haben. Der Verdacht kommt auf, daß wieder einmal die wahren Dimensionen der faschistischen Gefahr vertuscht werden sollten.

Wut und Protest lösten die Morde in ganz Deutschland aus, Zehntausende gingen oft spontan auf die Straße. Besonders explosiv war die Stimmung in Mölln und der näheren Umgebung.

Aber die Woche nach dem Attentat war für uns auch geprägt von den Spaltungs- und Vernebelungsversuchen der vereinigten Heuchler, leider auch von der Erfahrung daß wir nicht nur deutsche, sondern auch türkische Faschisten als Gegner haben.

Bereits auf der Demonstration am Montag nach dem Anschlag in Mölln rief das Lübecker Bündnis gegen Rassismus, das Lübecker Volkshaus der Türkei, die Gruppe Avanti und VORAN unter dem Motto „Stoppt den

Nazi-Terror“ zu einer Großdemo für den folgenden Samstag nach Mölln auf. Praktisch gleichzeitig bereiteten auch Möllner AntifaschistInnen die Mobilisierung für den gleichen Tag vor.

Während der Mobilisierung für die Großdemo ergaben sich dann einige Schwierigkeiten: Zum einen wollten alle großen Parteien sowie Kirchen und Gewerkschaften die Demo spalten: Diese riefen für Kiel und Lübeck zur gleichen Zeit zu Demos auf, unter anderem beteiligten sich auch nationalistische und religiöse türkische Vereine, in denen türkische Faschisten mitarbeiteten. Den Heuchlern paßte wohl das eindeutige Motto, das die Hintergründe des Rechtsextremismus (u.a. die „Asyldebatte“) nannte, und sich klar gegen jede Änderung des Asylrechts aussprach, nicht ins Konzept. Über die Medien wurde vor Krawallen autonomer Gruppen in Mölln gewarnt, besonders von Möllns Bürgermeister Dörrfler. Ab Donnerstag wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, die Möllner Demo fände nicht statt. Frech war, daß die Grünen und das Frauenbüro als Aufrufer für Lübeck angegeben wurden! Beide riefen in Wirklichkeit für Mölln auf!

Zum anderen wurde mit dem Erscheinen türkischer Faschisten gerechnet. Leider wurde von uns diese Warnung nicht genügend beachtet, denn die meisten türkischen AntifaschistInnen erwarteten.

Es kam aber anders: Zweimal provozierten die türkischen Faschisten mas-

sive Schlägereien auf der gut 15.000 Leute starken Möllner Demo am Samstag. Autonomen Zusammenhängen, die sich in Ketten zwischen die Demo und die Faschisten stellten, dabei von Wurfgeschossen eingedeckt wurden, gelang es, die Provokateure abzudrängen. Das war eine Glanzleistung!

Die türkische Regierung, die in ihrem Land eine rassistische Politik gegenüber den KurdInnen verfolgt, behauptete in ihrer Presse, PKK-Anhänger hätten die Demo angegriffen! Da wir trotz der Auseinandersetzungen eine relativ faire Presseberichterstattung erhielten und unsere politische klare Demo fast so stark war, wie beide Spalterdemos zusammen (Lübeck 6.000, Kiel 15.000, in Kiel wurde den Heuchlern die Meinung gesagt), sind wir an der totalen Katastrophe vorbeigeschliddert.

Allerdings haben wir uns vorgenommen, wesentlich bessere Vorkehrungen fürs nächste Mal zu treffen.

Die Reaktionen nach den Möllner Morden haben gezeigt, daß es immer noch eine antifaschistische Mehrheit in Deutschland gibt. Es kommt darauf an, diese zu organisieren und sie vom Einfluß der Heuchler in Bonn zu befreien.

Das kann den Opfern von Mölln nicht mehr helfen, aber wenigstens den Mördern und deren Hintermännern die längst fällige Quittung verpassen! Wegschauen tötet!

Pucki, Lübecker Bündnis gegen Rassismus

8. November in Berlin

Mißglücktes Propagandaspektakel



Berlin, 8.11. – Freundliche Zivilpolizisten schützen die Demokratie vor einem autonomen Krawall-Terroristen

Eigentlich hatten sich Kohl, Weizsäcker und Co. für den 8. November einen gemächlichen Spaziergang mit anschließendem Volksfest vorgestellt. Auf der Grundlage der Sorge und Angst von Millionen von Menschen über wachsenden Rassismus und Faschismus sollte in Berlin unter dem alles und nichts sagendem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ eine riesige Propagandashow für die Regierungspolitik abgezogen werden.

Eine der Hauptbetreiberinnen für das Spektakel war die SPD-Führung. Denn die war in den letzten Monaten damit beschäftigt, die eigene Basis auf Kurs für eine Asylgesetzänderung zu

bringen.

Allerdings hatte sie nicht mit dem Widerstand der Basis gegen den Rechtsruck der Führung gerechnet. Um von der am 14.11. unmittelbar vor dem Sonderparteitag geplanten Großdemo gegen die Änderung des Artikels 16 abzulenken, unterstützte die SPD-Führung den Aufruf des Bundespräsidenten für die Berliner Demo.

Dort gingen 350.000 Menschen auf die Straße. Doch sowohl Kohl und Weizsäcker als auch Engholm und seine Riege erlebten eine böse Überraschung. Denn die Stimmung, mit der sie weit weg von Bonn konfrontiert wurden, war ganz offen regierungs- und politikerfeindlich.

So wurde Kohl schon nach 300 Metern statt mit medienträchtigen wohlwollenden Applaus mit Pfiffen und Buhrufen aus dem Demozug vertrie-

ben, Engholm und Thierse von aufgebrauchten DemonstrantInnen völlig zu Recht als Lügner und Heuchler bezeichnet.

Dabei machten ihre betretenden Gesichter deutlich, wie wenig sie die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung, insbesondere im Osten, kennen.

Das anschließende Medienspektakel über die „300 Autonomen und Steinwerfer“, die die friedliche Demo gestört hätten, war der Gipfel der Heuchelei. Abgesehen davon, daß es sich um Eier und Tomaten handelte und diese nicht nur von Jugendlichen, sondern unter anderem auch von aufgebrauchten RentnerInnen geworfen wurden, sollte diese verzerrte Berichterstattung vor allem von der wahren Stimmung ablenken. Denn es waren nicht nur einige Eierwerfer, sondern 10.000ende, die mit Thrillerpfeifen ihren Protest gegen die Heuchelei der Regierenden zum Ausdruck brachten. Außerdem richteten sich die meisten Transparente und Plakate gegen die Änderung des Grundgesetzes.

Die Demo in Berlin war ein Signal. Die Kohlregierung veranlaßte es dazu, eine weitere Verschärfung der Gesetze und Aufrüstung der Polizei zu fordern. Daß diese Forderung nicht nach den Ereignissen in Hoyerswerda und Rostock, sondern nach der Berliner Demo aufkam, zeigt, gegen wen sich diese Gesetze in erster Linie richten sollen.

Antje Zander, Berlin Jungsozialistin

VORAN

zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1,
Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.
Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

SPD-Sonderparteitag vom 16./17. November

Austritt aus der Opposition beschlossen

Trotz des Trommelfeuers der bürgerlichen Presse im Vorfeld des Parteitags widerstanden zahlreiche SPD-Untergliederungen dem Druck der Parteiführung und lehnten eine Asylgrundrechtsänderung ab. Auch der von Engholm und seinen Mitstreitern organisierte Feldzug sozialdemokratischer Bürgermeister, die sich angesichts ihrer von Bonn geleerten Kassen lautmalend über Unterbringungs- und Versorgungsprobleme beklagen durften, reichte nicht aus.

Bezirke und Landesverbände waren höchstens bereit, neue Verfahrensbeschleunigungsprogramme zu befürworten. Weit wichtiger als immer ausgefeiltere Behördenmaßnahmen war aber das Signal, das die Parteispitze in ihrer vorweggenommenen großen Koalition setzen wollte: Der Asylbewerber als Täter – als Verantwortlicher

für Wohnungsnot, Arbeitsplatzverlust, öffentliche und private Armut. Nur mit dem Überschreiten der rassistischen Scheidelinie, der Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes, läßt sich die Stündenbocktheorie ganz zur Anwendung bringen und die Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Diese Aufgaben galt es im Vorfeld des Parteitags zu lösen, sollte Engholm nicht scheitern. Führende Parteilinke hatten sich in großformatigen Zeitungsanzeigen zum Bollwerk gegen dieses Vorhaben erklärt. Beim Parteitag selbst war davon nichts mehr zu spüren. Vorgelegt wurde ein „Kompromiß“-Antrag, der das Einknicken wichtiger „Widerständler“ wie Gerhard Schröder, Ministerpräsident von Niedersachsen, dokumentierte. Die Parteilinken hatten vereinzelt, ohne abgesprochenes Programm zur Mobilisierung der Parteitagsdelegierten gegen die Führung, ausschließlich ihre persönlichen Vorbehalte angemerkt. Eine handlungsfähige Parteilinke existiert nicht.

So kann jeder „Linke“, eingespannt in staaterhaltende Aufgaben, den Druck von Unternehmern und Regierung wesentlich stärker nachempfinden als die Gegenmacht, die sich zu Hunderttausenden auf den Straßen versammelt.

Die Parteitagsregie benutzte geschickt linke Kritiker, die den Debattenverlauf in den ersten Stunden bestimmten, um jeden Widerstand von unten im Keim zu ersticken und gleichzeitig die ehemaligen „Abweichter“ vorzuführen. Der Kniefall linker Kritiker war der Parteiführung nicht genug. Mit großer Sorgfalt war eine viel zu kleine Halle ausgesucht worden. Mit der Ausgabe verschiedenster Gästekarten wurde das Publikum sortiert (Parteitage sind prinzipiell allen Mitgliedern zugänglich). Von der Asyldebatte sahen sich etliche „Gäste“ ausgesperrt. Am Montagabend wurde selbst der Toilettengang zum polizeistaatlichen Hindernislauf weit außerhalb der Halle. Diskussionen zwischen Delegierten, Parteimitgliedern und Journalisten im Foyer der Halle

wurden durch die Aussperrungen unterdrückt.

Die Kapitulation wurde den „Linken“ durch den Propagandatruck mit der „europäischen Lösung“ erträglich gemacht. Asylbewerber sollen als Durchreisende betrachtet werden, sofern sie – wie in der Mehrzahl – über die Nachbarländer einreisen. Die angestrebte Abschottung der EG gegen ungewollte Zuwanderung wird von der SPD-Führung als Fortschritt zur europäischen Einheit gerechtfertigt.

Aber selbst der faule Bonner Kompromiß erkennt ansatzweise die Furcht der Führung vor der Basis an. Die Petersberger Beschlüsse konnten auch ohne politisch formulierte Gegenwehr von unten nicht durchgesetzt werden. Für den Bremer Landesvorsitzenden Horst Isola endete die Preisgabe des Beschlusses seiner Landespartei gegen jede Asylgrundrechtseinschränkung mit dem Rücktritt.

Nach dem zentralen Tagesordnungspunkt Asylrechtsänderungen waren die weiteren Beschlüsse zur

Wirtschaftspolitik und zum Blauhelm-Einsatz der Bundeswehr nur noch von untergeordneter öffentlicher Bedeutung. Aber auch dort setzte die Parteilung fast widerstandslos ihren Kurs als Teilhaberin an Regierungspolitik durch. Mit der Erweiterung der Blauhelm-Einsatzgebiete wurde nicht das Petersberger Maximum, aber ein weiterer Schritt in Richtung Kampfeinsätze festgeschrieben. Die letzte Halteinie, bevor deutsche Soldaten in aller Welt morden müssen, ist das gemeinsame UNO-Oberkommando. In der Wirtschaftspolitik wurde die Sanierung der Profite als oberstes Gebot für den Kampf gegen die einsetzende Rezession ausgegeben. Die Reformalternative der SPD soll die „Schonung“ niedrigster Einkommen und derjenigen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sein. Aber auch das ist schließlich gegenüber der Regierungskoalition verhandelbar...

Michael Müller, Bremerhaven
Jungsozialist und Gast auf dem SPD-Sonderparteitag

Juso-Sonderkongreß am 6. Dezember

Engholm-Schelte und alter Trott

Björn Engholm war schwer beleidigt. Bei seinem Eintreffen auf dem Sonderkongreß der JungsozialistInnen am 6. Dezember ertönte ein durchdringendes Trillerpfeifkonzert – nur ein paar junge Sozialdemokraten aus Sachsen applaudierten stehend – und das alte SED-Lied „Die Partei hat immer recht“ wurde eingespielt.

So war ein SPD-Vorstandsmitglied von Jusos schon lange nicht mehr empfangen worden. Nach seiner Rechtfertigungsrede mußte Engholm sich heftige Attacken der Jusos anhören, weil die Parteiführung mitverantwortlich für die Ausbreitung des Rassismus ist und eine Rechtswende in Richtung große Koalition eingeschlagen hat.

Bundeswehreinräte in aller Welt verglich Engholm dreist mit dem Befreiungskampf in Nicaragua und anderswo, wo sich Jusos ja auch nicht gegen bewaffnete Kämpfe ausgesprochen hätten. Ein Delegierter hielt ihm vor, daß es sich bei der BRD schließlich um einen imperialistischen Staat handelt, der jetzt auch Weltpolizei spielen will, und dies nicht mit anti-imperialistischen Befreiungskämpfen gleichgesetzt werden kann.

Der Juso-Sonderkongreß war nach den Petersberger Beschlüssen einberufen worden, weil viele Jusos und Parteilinke die SPD in Anbetracht ihres verschärften Opportunismus verlassen wollten. Auf dem Kongreß sollte es um die Zukunft des Verbandes, um einen Aufbruch und Neubeginn gehen. Doch nach der Debatte gegen Björn Engholm verfiel der Kongreß in die übliche Sitzungsroutine und dem oft inhaltsleeren Schlagabtausch zwischen den im Bundesvorstand vertretenen größeren Strömungen des Verbandes, zwischen denen inhaltliche Unterschiede kaum noch auszumachen sind.

In die innerparteiliche Auseinandersetzung um die Petersberger Beschlüsse hatten sich Jusos auf allen Ebenen massiv eingeschaltet und damit auch ein Stück politische Bedeutung wiedergewonnen. Mitglieder des Juso-Bundesvorstands vom gemäßigten Flügel („Undogmatische“) feierten dies überschwänglich und bezeichneten den faulen Parteitags-Kompromiß gar als „Erfolg“, weil „das Schlimmste verhindert“ worden sei.

Weil viele Delegierte aus dem Osten gar nicht erst angereist waren oder den Kongreß vorzeitig verlassen hatten, hatte die Juso-Linke ein deutliche Mehrheit. Sie wurde genutzt, um ein Manifest zu verabschieden, das zwar etwas wortradikaler als früher ist, aber

ansonsten keine grundlegenden Alternativen aufzeigt.

Aron Amm von den Stuttgarter Jusos hielt den Delegierten vor, daß sie keine Antworten darauf geben, wie man in den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Krisenzeiten Reformen durchsetzen kann. „Wir müssen den Kampf um Reformen mit dem Kampf um eine grundlegende, sozialistische Systemalternative verbinden.“ forderte er. Doch für den gemäßigten „undogmatischen“ Flügel ist Sozialismus eine Ansammlung von Grundwerten wie Solidarität, Gleichheit etc., für die Jusos

sieren, die sich jetzt im antifaschistischen Kampf politisch aktivieren.

Fazit: Eine grundlegende politische und praktische Wende, wie sie von uns Marxisten gefordert wurde, blieb aus. Damit besteht die Gefahr, daß die Jusos weiterhin schleichend an Bedeutung verlieren und keine Brücke zu den Bewegungen der linken Jugend schlagen können.

Sascha Stanicic, Aachen
Juso-UB-Vorsitzender

Sieg im Siegerland

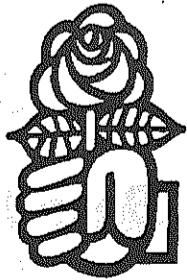
Nach Stuttgart, Aachen, Kassel, Bremerhaven und Rostock stellen die Marxisten in einem weiteren Unterbezirk den Vorstand: UB Siegen, Ende November 1992.

Linke eine schöne Idee und ferne Utopie, keine aktuelle Notwendigkeit.

Während man die undemokratischen Prozeduren der Mutterpartei und deren Parteitags-Regie kritisierte, verhielt man sich selbst im Prinzip genauso. Das Präsidium sorgte in stalinistischer Manier dafür, daß fundamentale Kritik der Marxisten um VORAN kaum zu Wort kam. Die Redeliste wurde manipuliert. Anträge wurden soweit nach hinten verschoben, daß sie nicht mehr behandelt werden konnten, darunter auch der einzige grundlegende Antrag zum Thema Rassismus und antifaschistischer Kampf von den Kasseler Jusos.

Zwar wurde beschlossen, am 30. Januar (60. Jahrestag der Macht ergreifung Hitlers) dezentrale und bundesweite Großveranstaltungen zusammen mit Anderen zu organisieren. Doch ein Antrag von VORAN-Unterstützern, für diesen Tag zu einer bundesweiten Demo nach Berlin aufzurufen und zu mobilisieren, fiel wiederum den Geschäftsordnungstricks der Kongreß-Regie zum Opfer.

Eine Reihe von Delegierten zeigte großes Interesse an der Initiative „Jugend gegen Rassismus in Europa“, die mit einem Infostand vertreten war. Doch bundesweit sind die Jusos weder willens noch in der Lage, diejenigen Jugendlichen zu erreichen und zu organi-



Kindergartenbeitrags erhöhungen in Nordrhein-Westfalen

Bezahlt wird nicht!

Am 30.11.1992 beschloß die SPD-Mehrheitsfraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, die Kindergartenbeiträge ab dem 1. März 1993 zu erhöhen – und zwar kräftig.

Beispielsweise sollen Eltern mit einem Jahreseinkommen bis 48.000 DM 50 statt 35 DM monatlich, Eltern mit einem Jahresverdienst bis 72.000 DM 85 DM statt 60 DM und Eltern mit einem Jahreseinkommen bis 120.000 220 DM statt 160 DM zahlen.

Dazu muß man wissen, daß die Beiträge zuletzt erst zum Anfang 1992 angehoben wurden – und das auch nicht zu knapp! Die letzte Beitragserhöhung hat zum Beispiel für uns als Familie bedeutet, daß wir glatt doppelt so viel für unser zweites Kind bezahlen müssen, das seit Sommer im Kindergarten ist, wie für das erste, das vor vier Jahren in den Kindergarten gekommen ist.

Haben sich die Löhne und Gehälter seit 1988 etwa auch verdoppelt? Und ab März wären dann 40 Prozent mehr fällig, obwohl von den ArbeitnehmerInnen im Allgemeinen erwartet wird, daß sie in der Tarifrunde 1992/93 „Rücksicht“ nehmen und sich mit weniger als einem Inflationsausgleich zufriedengeben sollen.

Wir Eltern sind alles andere als zufrieden. Die Landesregierung hat zwar einiges dafür getan, daß neue Kindergartenplätze geschaffen wurden, aber die Zahl der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren steigt schneller als die Zahl der neugeschaffenen Plätze.

Es ist heutzutage keineswegs selbstverständlich, daß ein Kind mit drei Jahren in den Kindergarten kommt, viele müssen ein weiteres Jahr oder länger warten. Und wenn das Kind endlich drin ist, muß es in Gruppen von mittlerweile 25 bis 28 Kindern zurechtkom-

men, weil es nicht genügend ErzieherInnen gibt. Auch das ist ein Ergebnis der miesen Tarifpolitik der öffentlichen Arbeitgeber in den letzten 20 Jahren, die zu einer starken Abwanderung aus dem Erzieherberuf geführt hat.

Es ist schon länger bekannt, daß eine Deckungslücke von 8 Prozent bei der Finanzierung der Kindergärten in NRW durch die Elternbeiträge besteht (sie decken nur 11 statt der vorgeschriebenen 19 Prozent der Gesamtkosten). Aber das liegt daran, daß die Landesregierung beim neuen Kindergartenengesetz 1992 ihre Hausaufgaben nicht gemacht und sich bei der Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung vertan hat. Das sollen wir nun ausbaden?

Beim neuen Erhöhungsbeschuß zeigt sich die SPD nicht gerade von der familienfreundlichen Seite. Neu ist, daß für ein zweites Kind, das gleichzeitig mit dem älteren Geschwisterkind im Kindergarten ist, ab März die Beitragsfreiheit wegfällt und ein halber Beitragssatz bezahlt werden soll. Dies ist schlichtweg eine Sauerei. Offensichtlich machen sich die SPD-VertreterInnen im Landtag überhaupt kein Bild davon, welche Belastung die Kindergärtenbeiträge für eine normal verdienende Familie mit zwei Vorschulkindern bedeuten.

Und im übrigen wirkt das ganze Gerede von Gleichstellung der Frau angesichts dieser Beschlüsse lächerlich, weil die Mütter erst recht zu Hause bleiben werden, wenn der Kindergartenplatz zu teuer wird.

Gerade zu einer Zeit, in der den ArbeitnehmerInnen von der Kohl-Regierung überall Opfer abverlangt werden (im Namen der „Einheit“, der „Wirtschaft“, der Umwelt etc. etc.), massive Mieterhöhungen an der Tagesordnung sind und in vielen Bereichen Massenentlassungen bevorstehen, kommt die-

ser Knüppel von der SPD-Landesregierung.

Wir sind nicht der goldene Esel, der ständig Dukaten sch...! Wir sehen es nicht ein und wir Eltern werden uns wehren. Die Elternräte der Kindergärten müssen sich zusammenschließen (in manchen Städten gibt es Bezirkselternräte, an die man sich wenden kann) und in der Öffentlichkeit ihren Unmut gemeinsam durch Presseerklärungen, Briefe an die Landtagsabgeordneten, Aktionen vor dem Jugendamt, etc. bekanntgeben. Eine NRW-weite Demonstration zum Landtag möglichst früh im neuen Jahr würde der Landesregierung zeigen, daß wir die Erhöhungen ablehnen. Aber wenn die Landesregierung unserem Protest nicht nachgibt, dann müssen wir härtere Maßnahmen erwägen. Das könnte auch gelingen, wenn Zehntausende Eltern nach dem 1. März einfach den bisherigen Beitrag weiterzahlen.

Jahrzehntelang wurde die SPD in NRW mit der absoluten Mehrheit gewählt – jetzt soll sie auf ihre WählerInnen hören und den Beschluß zurücknehmen. Es gibt genug Geld in diesem Land, die Landesregierung soll es dort herholen, wo es ist: bei den Banken, Versicherungen und Großkonzernen und es für einen Ausbau der Kindergartenversorgung, für eine Reduzierung der Gruppenstärken und für eine angemessene Bezahlung der ErzieherInnen verwenden.

Unsere Kinder sind die Gesellschaft von morgen, ihre Erziehung ist Aufgabe des Staates und nicht unsere Privatsache. Deshalb sagen wir: Wir zahlen schon mehr als genug, bei dieser Erhöhung machen wir nicht mehr mit!

Fiz Garvie, Köln
SPD-Mitglied

Lübeck – spontane Demo von 10.000 Schülern gegen die feigen Morde von Mölln

Schüler aktiv gegen Nazi-Terror

In den letzten Wochen bewegt sich so einiges: Und nicht alles nur in die falsche Richtung. Es gibt auch noch Hoffnung. So hat sich z.B. nach den rassistischen Übergriffen in Rostock und der darauf folgenden Welle rassistischer Gewalt gegen Flüchtlinge in Lübeck einiges getan. Schülerinnen unterschiedlicher Schulen haben sich zusammengetan, um dem Nazi-Terror nicht länger zuzusehen, sondern ihm etwas entgegenzusetzen.

Ein erster Schritt war eine Demonstration am 26. September gegen die Übergriffe gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen. Weiterhin wollen wir, die „SchülerInnen gegen Rassismus“, durch Informationen und Aufklärung rassistischen Vorurteilen in der Bevölkerung den Boden entziehen und auf die wirklichen Probleme hinweisen, von denen die Asyldebatte ablenken soll.

Als am 23.11. in den Medien die feigen Morde der Faschisten an drei Türkinnen in Mölln bekannt wurden und die Politiker Empörung heuchelten,

hatten wir beschlossen, ein Zeichen zu setzen.

Noch am Abend des 23. 11. liefen die ersten Telefonaktionen. Am nächsten Morgen begann die Mobilisierung an den Schulen. Alle Mitglieder von SgR, der Lübecker Kontaktgruppe von JRE, leisteten gute und anstrengende Arbeit.

An diesem Morgen versammelten sich Tausende SchülerInnen zwischen Würstchenbuden und Blumenständen auf dem Lübecker Markt. Zeitweise nahmen über 10.000 Menschen an der von uns organisierten Demo teil, die die größte Lübecker Demo seit 8 Jahren war. Unter Sprechchören wie „Nazis raus!“ und „Hoch die internationale Solidarität!“ zogen wir durch die Lübecker Innenstadt von einer Schule zur anderen. Viele SchülerInnen schlossen sich unserem Demozug nach der Aufforderung „Rauskommen!“ an.

Viele nahmen sogar den Konflikt mit Lehrern und Direktoren in Kauf. Sie ließen sich lieber Tadel aufbrummen, als diese Demo zu versäumen. Einige Schulen sahen sich gezwungen, ihren SchülerInnen angesichts des Erfolgs der Demo schulfrei zu geben.

Auf die angesprochenen Tadel haben wir bereits mit einem offenen Brief

an den Lübecker Schulsenator reagiert, über den in der Lokalpresse berichtet wurde.

Aus den Redebeiträgen auf der Abschlusskundgebung wurde deutlich, daß die Zeit reif ist, nicht mehr länger nur dem Nazi-Terror tatenlos zuzusehen und sich zu empören, sondern auch zu handeln. Doch Demos allein, so nötig, wichtig und richtig sie auch sind, werden die Nazis nicht stoppen können, das ist auch uns klar.

Demos können zwar Zeichen setzen und uns und den Flüchtlingen Mut machen, doch die Ursachen des Rassismus bleiben weiter bestehen, wie auch die

Verursacher des Rassismus weiterhin ungeschoren auf ihren Posten bleiben.

Es genügt halt nicht, nur gegen Rassismus zu sein und seine Ursache außer Acht zu lassen. Malcolm X, amerikanischer Bürgerrechtler in den 60er Jahren, sagte einmal sinngemäß: Rassismus ohne Kapitalismus gibt es nicht.

Die Nazis können nur gestoppt werden, wenn alle AntifaschistInnen und AntirassistInnen sich organisieren und eine starke bundesweite Organisation aufbauen. Denn wo wir hinkommen, wenn wir uns auf den Staat verlassen, haben wir oft genug gesehen. Haben die Herrschenden in Wirtschaft und

Politik doch ein Interesse am Bestehen des Rassismus, den sie selbst schürten und dem sie mit ihrer Asyldebatte den Boden bereiteten. Hat er seine Aufgabe doch erfüllt und von den bestehenden sozialen Mißständen hervorragend abgelinkt. Legen wir also allen RassistInnen das Handwerk! JRE bietet diese Möglichkeit.

Wollen wir die Rassismus in den Parlamenten, auf der Straße und in den Konzernnetzen stoppen, müssen wir sie aktiv bekämpfen mit allennotwendigen Mitteln – by any means necessary.

Kim, Lübeck

SchülerInnen gegen Rassismus

Köln

Widerstand gegen die Deutsche Liga

Zu zweit haben wir angefangen, in Köln-Kalk eine Gruppe aufzubauen. Jetzt machen ca. 20 Aktive bei JRE mit. Die Fahrt zur Demo nach Brüssel hat die Gründung einer zweiten Gruppe in Köln-Ehrenfeld hervorgebracht. Wir haben einen soliden Stamm von Leuten, die sich verantwortlich fühlen.

Nach den Morden in Mölln und Berlin stellen wir in Köln eine Radikalisierung unter den Aktiven fest. Die Frage der eigenen Sicherheit und Verteidigung wird zunehmend akut.

In unserem Stadtteil haben wir es mit der Deutschen Liga zu tun: Frisch zu jedem Wochenbeginn prangte uns von Ampeln, Stromkästen und Lifesaülen ihre Schmutzpropaganda mit den Worten „Asylbetrüger raus“ entgegen. Mit Infostand und Flugblättern sah sie Zwietracht im Volk der Samstagseinkäufer.

Als bei einer Handgreiflichkeit zwischen türkischen Jugendlichen mit einem Deutschen in Kalk der Deutsche erstochen wurde, schockte uns das lokale Gegenstück zur Bildzeitung „Express“ am nächsten Tag, als das Asylbewerberheim in Rostock noch rauchte, mit der Titelzeile: „Türke (16) erstach Kölner“. Es dauerte nicht lang und die Deutsche Liga schürte mit eben dieser Leitzeile den Fremdenhaß. (Was heißt fremd? Der Türke war Kölner.) Unter der Überschrift „Kein Rostock in Köln“ mobilisierten wir ca. 30 Kalker zu einem Treffen, auf dem wir beschlossen, am nächsten Tag eine kleine Protestkundgebung vor dem Kalker Büro des Express zu machen und gleichzeitig Flugblätter mit einer Stellungnahme „gegen die aufhetzende Berichterstattung des Kölner Express“ und der Ankündigung unseres nächsten Treffens zu verteilen.

In der ersten Phase unserer Bekanntmachung und Mobilisierung nach Brüssel setzten wir der Deutschen Liga unsere allorts bekannten auffälligen gelben Plakate entgegen. Die Faust, die das Hakenkreuz durchschlägt, war unsere Antwort. Die Deutsche Liga zeterte hysterisch und ganz und gar nicht mehr demokratisch zurück. Hier eine Kostprobe ihrer geisteskranken Hetze, die sie die Hauptstraße entlang plaktierte: „Es ist nun höchste Zeit, daß solche roten Horden, die weiter die verbrecherische Ideologie der „Völkerfreundschaft“ verkünden, endgültig und gnadenlos beseitigt werden, denn gerade durch sie, haben jahrzehntlang Deutsche und andere Völker unsagbar gelitten.“ (Schreibfehler im Original)

Seitdem die JREler in einer größeren Aktion mit Transparenten und Flugblättern verdeutlichten, daß Nazis auf der Straße nicht zu suchen haben, spie-

len wir mit der Deutschen Liga Katz und Maus. Es heißt, sie tauche immer dann wieder auf, wenn wir (bisher z. B. durch Teilnahme an den Massendemos) definitiv „verhindert“ waren. Im Moment jedenfalls gibt uns die Deutsche Liga keine Chance, sie lauthals zu vertreiben. Wir wollen jetzt (nach den ganzen Demos) unseren Samstaginfotisch zu einem festen Anlaufpunkt machen. Dafür hatten wir heute einen guten Start: Wetter, Stimmung und Diskussionen waren bestens. Die Krönung jedoch war eine Spendensammlung von über 200 DM!

Der bisherige Höhepunkt unserer Arbeit war eine Demo zur Verhinderung des Kölner Nazistammtisches, der, wie uns zugespielt wurde, diesmal in unserem Stadtteil stattfinden sollte. Man rechnete mit 80 – 100 Anwesenden. Wir erfuhren sehr kurzfristig davon. Auf unserem Treffen beschlossen wir nach einigem Hin und Her, die verbleibenden drei Tage in jedem Fall zur Mobilisierung zu nutzen. Wir beschlossen, uns in einiger Entfernung vom „Tatort“ zu treffen, um sicher zu gehen, daß wir genug Leute haben. Einer von uns nutzte den Nachmittag des Samstagstages, um Flugblätter mit Hinweis auf das Nazitreffen aufzuhängen. Wir wollten ja auch nicht vorwarnen. Als wir losmarschierten, Transparente zu allen Seiten, Parolen skandierend und von Trillerpfeifen begleitet, wußten wir

nicht, was uns erwarten würde. Die Bandbreite der Gerüchte und Spekulationen reichte von einem Bulli voller gut ausgerüsteter Skinheads bis tote Hose. In unserer lärmenden Gruppe fühlten wir uns (ca. 70 Leute – auch andere Antifa-Gruppen kamen) stark genug, direkt vor die Kneipe zu ziehen. Was uns erwartete, war ein großes Schild vor der Tür mit der Aufschrift: „Die Versammlung findet heute nicht statt.“ Mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert leiteten wir eine kurze Kundgebung ein und gingen dann geschlossen zu unserem Treffpunkt zurück. Zugegeben, wir waren alle ein bißchen enttäuscht, nur dieses Schild vorgefunden zu haben. Aber wir waren uns doch darin einig, daß unsere Demo bisher die beste Aktion war.

Es wird jetzt Zeit, daß wir noch sehr viel Genaueres über Naziaktivitäten in unserem Stadtteil herausfinden.

– Ist es beispielsweise wahr, daß ein lokales Waffengeschäft die Deutsche Liga sponsort?

– In einem Musikgeschäft arbeitet ein Nazi, der Kriegsspiele im Wäldchen um die Ecke organisierte. Wer ist es?

Alexandra, Köln
JRE-Mitglied



Aachen

Turbulenter Besuch in einer Schulklasse

Wir machten gerade einen JRE-Infostand vor einer großen Berufsschule, als ein Schüler mir die Einladung seines Politiklehrers in seine Klasse überbrachte, die wir natürlich erfreut aufnahmen. Beim Betreten der Klasse war die Freude nur noch halb so groß: der Lehrer war der Gründer und Ex-Vorsitzende der Republikaner in Aachen!

Ich dachte mir, daß er mich wegen meiner schwarzen Hautfarbe wahrscheinlich als „Asylanten“ vorführen und fertigmachen wollte. So kam es auch. Als erstes protestierte er dagegen, daß noch eine Genossin mit dabei war. Unser Hinweis darauf, daß in der Klasse noch genügend Platz für uns beide sei, fand die Zustimmung der Schüler und wir durften uns setzen.

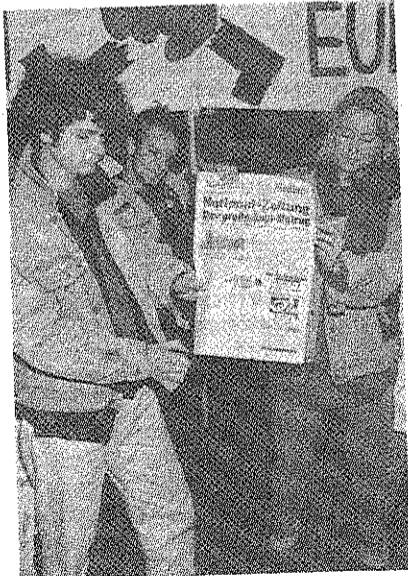
Es folgte minutenlang immer die gleiche Frage des Lehrers, „Warum steht kein Verantwortlicher im Sinne des Presserechts auf dem Flugblatt?“ (Er wollte wohl gern Namen und Adresse für seine Kartei).

Immer mehr Schüler forderten den Lehrer auf, uns nicht länger zu unterbrechen. Etwas Unruhe und Bewegung kam auf. Dann sagte der Lehrer plötzlich: „Also bitte erzähle uns, was Faschismus ist!“ Wir wiesen darauf hin, daß wir nicht darauf vorbereitet seien. Da wir aber davon ausgehen könnten, daß er als Chef der Reps die Klasse nie über den Faschismus aufgeklärt hätte, seien wir bereit, dies nachzuholen.

Unsere spontanen Ausführungen wurden leider schnell durch plötzliches Geschrei des Lehrers beendet: „Ruhe jetzt, verlasse bitte den Raum, ich lasse mich nicht beleidigen!“ Wir waren zwar überrascht, aber machten sofort klar, daß wir uns nicht herumschubsen lassen. Wir würden nur gehen, wenn die Schüler dies wünschten. Die Schüler aber wollten, daß wir bleiben.

Es folgten Drohungen mit der Polizei und Belehrungen über die Folgen von Hausfriedensbruch gerade für Ausländer wie mich. Er sei schließlich der Hausherr. Wir betonten, daß er nicht allein ist, daß die Schüler ein Wort mitzureden haben und Zeugen dafür sind, daß wir nicht eingebrochen, son-

dem regulär eingeladen worden sind. Er ging raus, um die Polizei zu holen. Seine Abwesenheit wurde von uns benutzt, um über Demokratie in der Schule zu diskutieren und JRE darzustellen. Nach ein paar Minuten kam der Lehrer zurück, zwar nicht mit der Polizei, aber mit dem Hausmeister, einem großen, starken und rechtslastigen Typ. Er drohte mit eindeutigen Gesten, uns aus dem Fenster zu werfen, wenn wir



Verbrennung der National Zeitung bei einer Protestaktion gegen den Verkauf von faschistischen Schriften an Kiosken in Aachen

nicht freiwillig gingen.

Für die Schüler war das endgültig zu viel, sie schrien den Hausmeister an und forderten ihn auf, seine Drohungen zurückzunehmen. Daraufhin lief er hinaus, um die Polizei zu holen, kam aber mit dem Direktor zurück – ein sehr höflicher Mensch, der uns zu sich bat, um sich für das Benehmen des rechtsradikalen Lehrers zu entschuldigen.

Die Schüler fanden unser Auftreten gut, nur wenige meinten, daß wir mit dem Lehrer zu hart umgesprungen seien. Aber alle waren gegen die Methoden des Lehrers.

Gaëtan Kayitare, Aachen
JRE-Mitglied

Ich möchte . . .

- Mitglied bei JRE werden und habe den ersten Vierteljahresbeitrag von mindestens 10 DM (5 DM für Leute ohne oder mit geringem Einkommen) überwiesen (Konto siehe unten)
- weitere Informationen über Eure Arbeit bekommen



Bestellungen:

Broschüren
(pro Stück 1 Mark)

Buttons
(pro Stück 2 Mark)

Baseballmütze
(Stück 15 Mark)

Name

Straße

Ort

Telefon

Bestellungen nur gegen Vorkasse (in Briefmarken oder Überweisungsbeleg bzw Kopie davon beilegen)

JRE-Konto: Ulf Petersen, Kto.-Nr. 12777-501, Postgiroamt Köln, Bankleitzahl 370 100 50

Bitte schicken an: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1

JRE-Gründungskonferenz am 28./29. November 1992

Wir nehmen den Kampf auf!

199 vor allem junge Leute (davon 171 durchgehend) aus über 30 Orten in 12 verschiedenen Bundesländern haben am letzten Novemberwochenende an der bundesweiten Gründungskonferenz von *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* teilgenommen. Wir haben den Grundstein für eine bundesweite Organisation gelegt, die die Nazis und Rassisten zurückzuschlagen will.

Zu Beginn der Tagung überbrachte Eric, einer der fünf Gäste aus Belgien, die Grüße der Schwesterorganisation von JRE, *Blockbuster*. Sie hatte die Initiative zur europaweiten Demo in Brüssel am 24. Oktober ergriffen, zu der 40.000 aus 11 Ländern gekommen waren. Er berichtete über den Aufbau von Blockbustern, die schon seit August 1991 bestehen und 1.300 Mitglieder in 40 Gruppen haben. *Jugend gegen Rassismus in Europa* ist eine internationale Bewegung. Zur Zeit gibt es Mitgliedsorganisationen in den Niederlanden, Irland, Großbritannien, Österreich, Schweden. Doch es könnten schon bald mehr sein, denn Unterstützer gibt es in Norwegen, Frankreich, der Tschechei, Spanien, Ungarn, Polen und Griechenland.

Der erste Tagesordnungspunkt war die Diskussion zu Aufgaben, Zielen und Programm von JRE.

Das Übel Rassismus an der Wurzel packen

Die RednerInnen diskutierten, wie es dazu kommen kann, daß rassistische Ideen und sogar die Gewalt der Nazis auf Unterstützung bei Teilen der Bevölkerung stoßen. Eine Delegierte aus Kassel berichtete über die Situation der

Jugendlichen in ihrem Stadtteil: Hochhausiedlung, Wohnungsnot, Mietpreisexlosion und eine unsichere Zukunft. Genau das sind die Probleme, die die Nazis für sich ausnutzen können, weil es keine Antworten von links gibt und ihnen durch die Hetze aller großen Parteien gegen die „Asylantenflut“ der Boden bereitet wird. Daher müßten wir als JRE auch Antworten darauf geben, wie die sozialen Probleme gelöst werden können.

Die Mehrheit der KonferenzteilnehmerInnen war der Meinung, daß die Ursachen von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Armut in diesem System liegen, wo Profite und Konzerninteressen bestimmen und nicht die Bedürfnisse der Menschen. Dies wurde nochmal an der Tatsache deutlich gemacht, daß in Ost-Deutschland Kahlschlag betrieben wird, obwohl hunderte von Milliarden auf den Konten von deutschen Unternehmern herumliegen, die nicht investiert werden, weil keine Aussicht auf Profit da ist.

Im JRE-Programm wurde daher beschlossen, daß JRE als antirassistische und antifaschistische Organisation für die Abschaffung des Profitsystems kämpft (siehe Punkt 14 des Programms).

Während die Mehrheit der Konferenz die Alternative zum jetzigen System im wirklichen Sozialismus sieht, hat sie sich doch dagegen ausgesprochen, diesen Begriff im Programm zu haben.

Delegierte von JRE-Gruppen aus Ostdeutschland erklärten die Stimmung bei großen Teilen der Jugend

dort. Wegen dem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft seit der Einführung der Marktwirtschaft akzeptieren viele schnell die Ideen des Sozialismus, wenn der grundsätzliche Unterschied zum Stalinismus einmal erklärt ist. In

von JRE, Aufbau von JRE-Stadtteilgruppen, JRE-Arbeit hinsichtlich Betrieben und Gewerkschaften, Verteidigung gegen faschistische Übergriffe. Bei der Gruppe „Verteidigung ...“ wurde neben praktischen Fragen grund-

sche Organisationen müssen aufgefordert werden, den Schutz mit zu organisieren.

Natürlich wurde auch diskutiert, was wir machen, wenn wir mit den Nazis zusammenstoßen. Hier wurde kontrovers diskutiert, ob und in welchem Fall man Gewalt anwenden dürfe. Ein Redner wies darauf hin, daß am ersten Abend der Pogrome in Rostock-Lichtenhagen 100 von uns gereicht hätten, um die 30 Nazis, die die Angriffe begonnen haben, daran zu hindern, das Asylbewerberheim anzugreifen. Dann hätten sie nicht den Erfolg gehabt, der Ausgangspunkt für die weiteren Aktionen war. Aber sicher hätten wir nichts ausgerichtet können, wenn wir zugeschaut hätten. Die Nazis sollten wissen, daß mit uns nicht zu spaßen ist. Dies war die Meinung der großen Mehrheit der Konferenzteilnehmer.

Guter Anfang

Im August wurden die ersten JRE-Gruppen in Deutschland gegründet. Inzwischen gibt es bereits 800 bis 1000 Leute, die aktiv bei JRE mitmachen. Es arbeiten bereits 22 JRE-Gruppen in 12 Städten. Gründungen stehen in ca. 20 weiteren Städten an. Damit sind wir in relativ kurzer Zeit schon weit gekommen.

Das Signal der Konferenz war: Wir bauen eine kämpfende Organisation gegen rechts auf. Wir stellen uns dem Terror der faschistischen Mörder und Brandstifter entgegen. Die Straße wollen wir von den Nazis zurückerobert! Die Rassisten in Schlips und Kragen, die von Regierungs- und Konzernnetzen aus gegen Ausländer und Asylanten hetzen, werden wir bekämpfen. Wir machen gegen dieses System mobil, wo eine Minderheit, nämlich die Reichen, Privilegierten und Konzernbosse die Freiheit haben, der Mehrheit der Menschen das Recht auf ein anständiges und sorgenfreies Leben zu stehlen. In diesem Sinne beschloß die Konferenz einstimmig die Gründungserklärung von JRE (siehe Seite 1).

Angelika, Kassel
Mitglied im JRE-Bundesausschuß



JRE-Gründungskonferenz in Helmershausen bei Kassel

Westen dagegen herrschen andere Erfahrungen vor. Auch hier gibt es bei einem großen Teil von Jugendlichen Opposition gegen das System, doch hat dies noch nicht zu einer breiten Bereitschaft geführt, für eine sozialistische Demokratie einzutreten.

JRE will, daß alle, die gegen Rassismus und Faschismus und das System kämpfen wollen, JRE mit aufbauen. Ohne Zweifel wird die Frage des Sozialismus in der Zukunft unter JRE-Mitgliedern und Unterstützern weiter diskutiert werden.

Es fanden vier Arbeitsgruppen zu folgenden Themen statt: Programm

sätzlich diskutiert, wie wir uns dem Nazi-Terror wirksam entgegenstellen.

Nazis zurückschlagen

Entgegen dem Anschein, daß Nazi-Angriffe immer plötzlich und unberechenbar stattfinden, gibt es häufig schon vorher Anzeichen für einen drohenden Übergriff. So war es zum Beispiel auch in Mölln, wo es schon vorher Brandanschläge auf türkische Wohnungen gab und die Nazi-Szene bekanntermaßen stark und militant war. Damals hatten es die Polizei und die Stadtregierung nur noch nicht für nötig gehalten, etwas gegen die rechte Szene zu unternehmen. Mölln ist kein Einzelfall, man kann kein Vertrauen in Polizei und Gerichte haben.

Die Verteidigung muß von unten organisiert werden. Dafür müssen wir möglichst breit mobilisieren. Das heißt, die örtlichen Gewerkschaften und linken Parteien sowie andere antifaschisti-

Programm von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE-Deutschland)

Jugend gegen Rassismus in Europa bekämpft die Verbreitung von Rassismus in Europa und das Anwachsen der Rechten. JRE will eine möglichst breite Opposition gegen Rassisten und Faschisten mobilisieren und die Jugend Europas verbinden.

Wir sind uns bewußt, daß junge Leute auf die vergiftenden Ideen der Rassisten reinfallen können, wenn keine kämpferische linke Alternative angeboten wird. Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, sozialer Kahlschlag, zunehmende Perspektivlosigkeit für Jugendliche sind der Nährboden, auf dem Rassismus und Faschismus gedeihen. Deswegen wollen wir sowohl den Faschisten aktiv entgegenzutreten als auch die sozialen Probleme bekämpfen.

Wofür wir kämpfen:

- 1) Gegen alle Formen von Rassismus und Nationalismus, sexueller und religiöser Diskriminierung.
- 2) Für Aktionen gegen rassistische und faschistische Angriffe, wie Schutz der Flüchtlingsunterkünfte vor Überfällen zusammen mit den Flüchtlingen. Mobilisierung gegen Nazi-Aufmärsche und Veranstaltungen.
- 3) Verhinderung von faschistischen Versammlungen und faschistischer Propaganda, z.B. keine Vermietung bzw. Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden oder Plätzen, keine Plattform für faschistische Propaganda in den Medien. Kein Verlaß auf Polizei und Gerichte. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß mobilisieren, um die Faschisten am Aufbau ihrer Organisationen zu hindern, deren Ziel es ist, unsere demokratischen Rechte abzuschaffen.
- 4) Für die volle politische und rechtliche Gleichstellung von AusländerInnen; Wahlrecht für AusländerInnen auf allen Ebenen!
- 5) Gegen polizeiliche Aufrüstung, gegen Verschärfung des Haft- und

- 6) Für bezahlbare Wohnungen für alle, Deutsche und AusländerInnen; Gegen Sammellager, gegen Ghettosierung. Kostenlose Sprachkurse für AusländerInnen.
- 7) Gegen sozialen Kahlschlag durch die Regierenden: keine Kürzungen im Bildungsbereich, bei Jugendzentren und Freizeitangeboten. Für die Schaffung von ausreichenden Jugendklubs und sozialen Einrichtungen!
- 8) Arbeit für alle. Weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und einer gleitenden Lohnskala. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, für Deutsche

und AusländerInnen, Männer und Frauen.

9) Gegen die Rassisten in den Regierungs- und Konzern-Etagen, die den Kampf der arbeitenden Menschen für Arbeitsplätze, Wohnungen und anständige Bezahlung spalten und ablenken wollen. Weg mit der Kohlregierung.

10) Für den gemeinsamen Kampf von ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Umweltzerstörung. Nicht die ArbeiterInnen sollen dafür zahlen – sondern die Unternehmer. Ran an die von Banken und Konzernen aufgehäuften Gewinne – Weg mit dem Profitsystem!

11) Gegen die Diskriminierung von Frauen, gleiche Rechte für Frauen in allen Bereichen.

12) Bleiberecht für alle, keine Abschiebungen. Bekämpfung der Fluchtursachen, die in Verarmung, Kriegen und Ausplünderung vieler Regionen der Welt durch deutsche und internationale Großmachtspolitik liegen.

13) Gegen das Europa der Konzerne und Banken, die die Interessen der ArbeiterInnen, AusländerInnen, Jugendlichen und Kinder mißachten.

14) Für eine Gesellschaft in Deutschland, Europa und weltweit, in der die Produktion nicht am Profit, sondern an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Nur durch die demokratische Kontrolle der ArbeitnehmerInnen über die Wirtschaft kann eine Gesellschaft entstehen, in der die Bedingungen für die Ausbreitung von Rassismus, Arbeitslosigkeit, Armut, Umweltzerstörung und Krieg beseitigt sind.

1:0 gegen Alemannia Aachen!

Die Parole „Rudolf Hess, er litt für uns“ und ein Hakenkreuz zierten länger als eine Woche ein Kassenhäuschen des Aachener Fußballstadions „Tivoli“. Nichts geschah, weder die Stadtverwaltung noch der Fußballverein konnten sich dazu aufraffen, die Nazi-Schmiererei zu entfernen.

Nachdem auch auf unsere Aufforderung an die Aachener „Alemannia“ hin nichts geschah, wurde es für uns als Jusos höchste Zeit, selbst vorzugehen. In einer öffentlichen Aktion, zu der auch die Presse eingeladen war, übersprühten wir die Parole mit den Worten „Jugend gegen Rassismus in Europa“ und „Juso“. Es dauerte nicht lange, bis unsere Gegenparole übermalt war, während die Nazi-Schmiererei offenbar nicht die werten Gemüter des Alemannia-Vorstandes erhitze. Damit aber nicht genug: Als Antwort auf unsere Aktion erstattete der Verein Anzeige wegen „Sachbeschädigung“!

Wir erfuhren erst davon, als die Polizei ins Aachener SPD-Parteibüro kam und die Namen der Jusos verlangte, die an der Aktion beteiligt waren. Noch am selben Abend erfuhren Lokalpresse und -radio sowie der WDR von diesem Skandal. Schon am nächsten Morgen war die „Juso-Tivoli-Affäre“ in aller Munde.

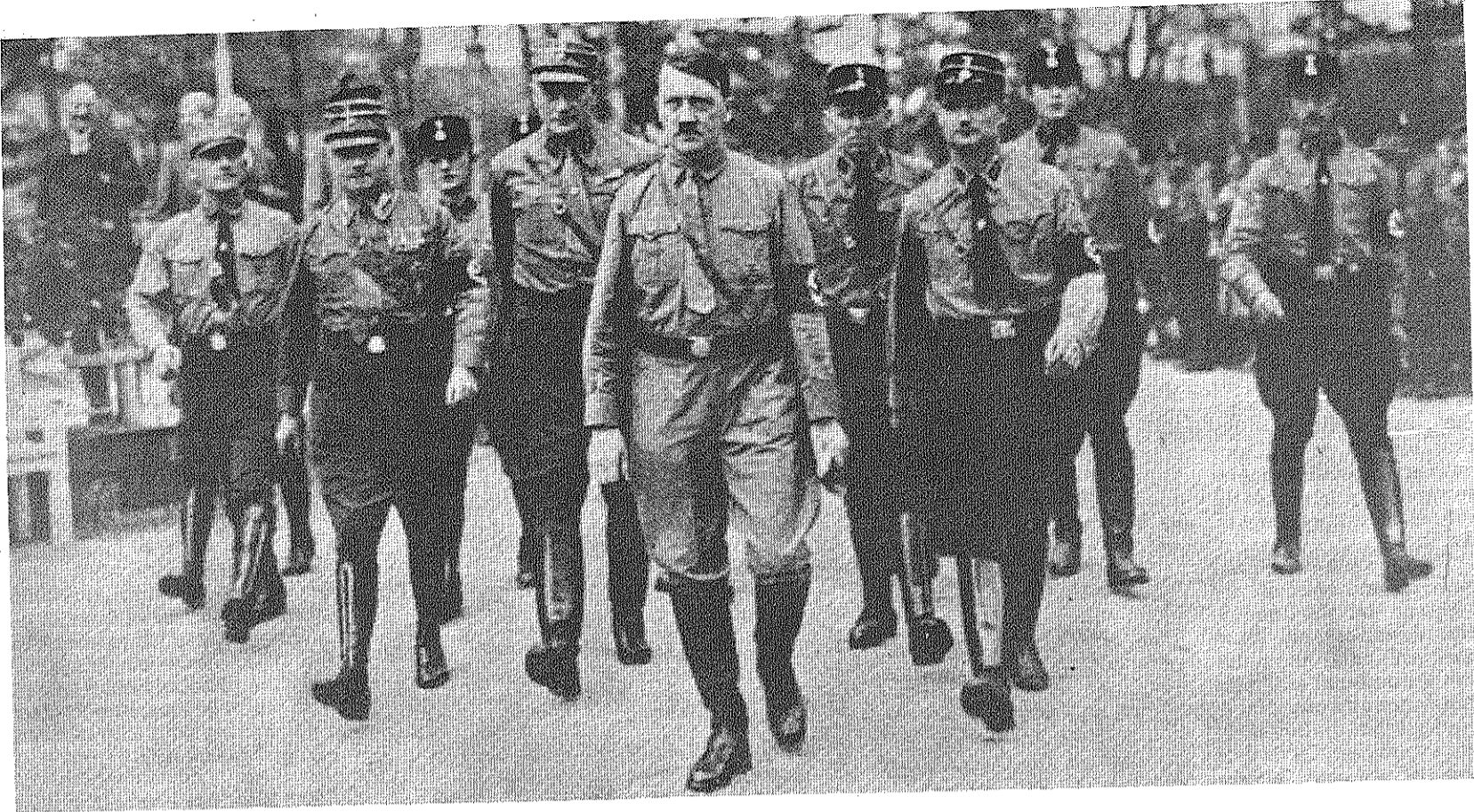
Die Telefone der Alemannia standen nicht mehr still vor lauter Protestrufen. Unter Alemannia-Fans gab es breite Solidarität für uns. Gegen die Nazi-Schmiererei ist bis heute nicht ermittelt worden. Der Geschäftsführer der Alemannia begründete seinen Verzicht auf eine Anzeige gegen die Nazi-Schmiererei folgendermaßen: „Von einer Anzeige gegen anonyme Schmiererei habe ich mir nichts versprochen, da kommt nichts bei heraus.“

Offensichtlich scheren sich sowohl die Alemannia-Geschäftsführung als auch Staatsanwaltschaft und Polizei einen Dreck um Nazi-Parolen, geben sich aber beste Mühe, Anti-Faschisten und Linke zu verfolgen und einzuschüchtern.

Aber der Druck der Öffentlichkeit und die Berichte in Fernsehen und Radio waren auf unserer Seite. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Schnoor, sagte, daß „etwas, was schon beschädigt ist, nicht noch einmal beschädigt werden kann.“

Wir beschlossen, uns geschlossen der Polizei zu stellen. Sie sollte entweder von uns allen die Personalien aufnehmen oder von keinem. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte die Geschäftsführung der Alemannia bereits kalte Füße bekommen und die Anzeige zurückgezogen.

Sascha, Aachen
JRE-Mitglied und Juso



Wie kam Hitler an die Macht?

tigt. Ein Zustand, an dem die Kapitalisten Gefallen finden konnten.
Die weitreichenden Forderungen der Kapitalisten, unter anderem Kürzung der Sozialversicherungsleistungen, konnten auf parlamentarischen Weg nicht mehr durchgesetzt werden. Ab 1930 begann deshalb mit Reichskanzler Brüning die Zeit der Notverordnungen. Unter Ausschaltung des Reichstages wurden die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmerprofite durchgesetzt. Aber diese Form der Herrschaft blieb instabil, da die Arbeiterorganisationen den Kapitalisten weiterhin im Weg waren und immer noch die Gefahr revolutionären Aufbegehrens der Arbeiter gegen die Angriffe bestand.

Deshalb griffen sie zum letzten Mittel: zur faschistischen Reaktion. Der russische Revolutionär Leo Trotzki erklärte die besondere Bedeutung des Faschismus im Unterschied zu Unterdrückungsmaßnahmen durch Polizei und Militär, wie sie am Ende der Weimarer Republik unter den Notstandsregierungen durchgeführt wurden: „Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterrord. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft ... Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbstständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“ (aus: Was Nun?, 1930. Alle Trotzki-Zitate aus: Schriften über Deutschland, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1971)

Das Ziel machte Konzernchef Krupp deutlich: „Wir wollen nur loyale Arbeiter, die vom Grund ihres Herzen dankbar für das Brot sind, das wir sie verdienen lassen.“

Im Oktober '31 traf sich die gesamte deutsche Rechte in Bad Harzburg. Es waren pensionierte Generäle und Admirale anwesend, Vertreter des Hauses Hohenzollern und natürlich zahlreiche Vertreter der deutschen Großindustrie,

In den letzten beiden Jahren sind in Deutschland 30 Menschen durch rechtsextreme Gewalt ums Leben gekommen. 16 Todesopfer gab es seit Anfang 1992. Vor 60 Jahren am 30. 1. 1933 wurde Hitler Reichskanzler. In vieler Hinsicht erinnert die Situation heute an die Zeit vor '33. Fehlt nur noch der neue Hitler?

1933 wurde mit der Errichtung der Nazi-Diktatur Terror und Krieg vorbereitet, der 55 Millionen Menschen das Leben kosten sollte.

Das erste große Massaker in diesem Jahrhundert, der erste Weltkrieg, lag nur 15 Jahre zurück. Die Ereignisse von 1933 lassen sich nur im Zusammenhang mit den Ergebnissen dieses Krieges und den turbulenten Jahren seit 1918 verstehen.

Revolution und Konterrevolution nach dem Ersten Weltkrieg

Die Antwort der hungrigen Bevölkerung und der Soldaten auf das Massenmorden waren Aufstände und Revolutionen in vielen europäischen Staaten. Den Anfang machte die erfolgreiche russische Revolution im Jahre 1917.

Auch in Deutschland wollte die arbeitende Bevölkerung Hunger und Elend nicht länger ertragen. 1918 wurde Deutschland von Aufständen geschüttelt. Angespornt durch die Revolution der russischen Arbeiter und Bauern nahmen Arbeiter, Soldaten und Matrosen die Macht in die Hände, gründeten spontan Arbeiterräte und zwangen den Kaiser zum Abdanken.

Die Arbeiter hatten praktisch die Möglichkeit, die Macht zu ergreifen. Aber die Führer der SPD verhinderten durch ihre reformistische Politik die Revolution. Sie waren schon zum festen Bestandteil des Systems geworden, Friedrich Ebert sagte ganz offen: „Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde.“ Die aus der USPD (Unabhängige SPD), einer linken Abspaltung der SPD, hervorgegangene Kommuni-

stische Partei hatte einen zu geringen Einfluß in der Arbeiterschaft.

Das Großkapital, die Fürsten und Großgrundbesitzer, die für das Blutbad des ersten Weltkriegs verantwortlich waren und gut daran verdient hatten, kamen an der Enteignung vorbei. Der Preis, den sie dafür zahlen mußten, waren weitreichende Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, wie der 8-Stunden-Tag, eine staatliche Arbeitslosenversicherung, das Betriebsrätegesetz und demokratische Rechte und Freiheiten, wie es sie in Deutschland noch nie gegeben hatte.

Somit war die Weimarer Republik ein Kompromiß, der weder die Arbeiter noch die reaktionäre Oberschicht, die die Monarchie wieder installieren wollte, befriedigen konnte. Die nächsten Jahre waren von einem ständigen

Revolutionären Aufstand zur Mächtigwerden durchzuführen, blieben jedoch isoliert. Am 9. 1. 1919 wurde die Bewegung zusammengeschossen. Reaktionäre Freikorps aus Ex-Reichswehrosoldaten eroberten die Macht in Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg. Die Herrschenden ergriffen auch gleich die Gelegenheit, unter den Führern des linken Flügels der Arbeiterbewegung aufzuräumen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, 156 weitere Revolutionäre, und 1200 „Verdächtige“ wurden umgebracht. Das alles geschah mit der Unterstützung der SPD-Führung.

Als am 13. März 1920 12.000 Soldaten der Erhard-Brigade unter der Führung von Lüttwitz in Berlin einmarschierten und unter Wolfgang Kapp eine Militärdiktatur aufbauen wollten, kam es in ganz Deutschland zum Generalstreik. Der Putschversuch scheiterte. Als Dank wurde der Generalstreik vom sozialdemokratischen Präsidenten Ebert schnellstmöglich beendet. Bewaffnete Arbeiter wurden im Ruhrgebiet von Reichswehr und Freikorps brutal niedergeschlagen.

Hintergrund für die revolutionären Unruhen dieser Zeit war die tiefe wirtschaftliche Krise in der Folge des verlorenen Weltkriegs.

Die Kriegsschulden mußten bezahlt werden, deshalb wurde die Inflation angeheizt. So wurden die kleinen Leute enteignet, deren Löhne, Gehälter und Ersparnisse nun nichts mehr wert waren. Die große Industrie wurde begünstigt, da aufgenommene Schulden für Investitionen nun leichter rückzahlbar waren. Auch der Staat wurde seine Schulden durch die Betätigung der Notpresse schnell los.

„Die Inflation war die Rache des Großkapitals für seine Angst während der Novemberrevolution“ (Arthur Rosenberg). Im Jahre 1923 kam es zur Explosion der Inflation und zu einer erneuten revolutionären Möglichkeit. Durch einen umfassenden Generalstreik wurde die Cuno-Regierung gestürzt. Danach hatte die Bewegung jedoch keine weitergehenden Forderungen und vererbte wieder. Die KPD, die inzwischen

Masseneinfluß bekommen hatte, verpaßte die revolutionäre Chance.

Nur auf der Grundlage der abgewürgten Revolution von 1918 und der verpaßten Chancen bis 1923 war eine Stabilisierung der Lage möglich. Die Sanierung der Profite auf Kosten der Masse der Bevölkerung durch die Inflationskrise sowie massive Kredite aus dem Ausland halfen dabei, die Wirtschaft in Schwung zu bringen.

Faschismus – letzter Ausweg für die Kapitalisten

Kapitalisten und Großgrundbesitzer sind undankbare Menschen. Obwohl die SPD-Führer ihnen die revolutionären Arbeiter vom Hals gehalten hatten, waren sie nicht zufriedengestellt. Die Arbeiterklasse hatte weiterhin mächtige Organisationen und ließ sich nicht unbegrenzt auspressen.

Die sogenannten „goldenen 20er Jahre“ waren für die Arbeiterklasse ziemlich glanzlos. Bereits bis Ende 1925 stieg die Arbeitslosigkeit auf 20 Prozent an. Weitere 20 Prozent waren in Kurzarbeit. Bis zum Herbst 1926 gab es 2 Millionen Vollerwerbslose; im Winter 1926/27 waren 22,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, was dem Achtfachen der Zeit vor 1914 entsprach. Die Gewerkschaften waren geschwächt und die Tariflöhne sanken, die Tarife waren unterhöhlt.

Als es 1929 zur internationalen Wirtschaftskrise kam, war Deutschland natürlich nicht ausgeschlossen. In den ersten zwei Wochen des Januars 1930 wurden 40.000 entlassen; Krupp reduzierte die Belegschaft von 100.000 auf 50.000; innerhalb von sechs Monaten steigerte sich die Arbeitslosigkeit von über eine Million auf drei Millionen. Deutschland stand einer Katastrophe gegenüber, es war abzusehen, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren massiv weiter steigen würde.

Bis Ende 1931 hatte sich das Arbeitslosenheer auf knapp sechs Millionen vermehrt. Um die Jahreswende 31/32 waren nur noch 23 Prozent der marxistischen Gewerkschafter vollbeschäftigt.



Ringens zwischen diesen beiden Kräften geprägt.

So kam es am 5. 1. 1919 zu Massendemonstrationen in Berlin. 300.000 Arbeiter gingen auf die Straße, als der Polizeipräsident von Berlin, das USPD-Mitglied Emil Eichhorn entlassen werden sollte. Verlagshäuser, Druckereien, Nachrichtenbüros, Telegrafämter und Banken wurden besetzt. Die Kom-



von den Vereinigten Stahlwerken, der deutschen Bank usw. Natürlich war auch die gesamte NSDAP-Reichstagsfraktion anwesend. Anfang 1932 sprach Hitler im Düsseldorfer Industrieclub um den Vertretern des Großkapitals sein Programm zu erklären und sich ihre Unterstützung zu sichern.

Hitler sollte zur Durchsetzung der Interessen des Kapitals benutzt werden: ein autoritäres Regime errichten, Gewerkschaften und Tarifverträge abschaffen, Beseitigung von Arbeitslosenunterstützung, Sozialversicherung und allgemeinen Rechten der Arbeiter.

Aufstieg der NSDAP

Die Freikorps, die Vorläufer der SS („Schutzstaffel“), wurden bereits direkt nach dem ersten Weltkrieg aufgebaut, um gegen Arbeiter eingesetzt zu werden. Bis zum Jahre 1930 waren die Nationalsozialisten aber nur

eine der vielen faschistischen Splintergruppen ohne Massenbasis.

Die ehemaligen Berufssoldaten und reaktionären Offiziere, die durch die im Versailler Vertrag festgeschriebene Begrenzung der Reichswehr auf 100.000 Mann „arbeitslos“ wurden, waren die ersten Kader der faschistischen Bewegung.

Erst im Verlauf der Wirtschaftskrise hatte der Faschismus eine Massenbasis bekommen. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 bekam die NSDAP nur 2,6 Prozent der Stimmen, im Juli 1932 aber mit 37,4 Prozent ihr höchstes Stimmresultat vor 1933.

Kleinbürgerliche Schichten (Bauern, Beamte, die damals noch deutlich von den Arbeitern abgehobenen Angestell-

ten waren, war dem Proletariat die Stärke genommen worden. Durch die Uneinigkeit in der Führung blieb es hier beim letzten Aufbäumen. Die Arbeiter, die immer wieder darauf warteten, das etwas geschieht, mußten zusehen, wie Streiks, Demonstrationen etc. im Sande verliefen.

Natürlich machte sich unter den Leuten Angst breit, aber niemals ging der Widerstand ganz unter. Sowohl 1935, als auch 1936 kam es zu jeweils zwei Streiks, die mit Entlassungen, Erschießungen und Gefängnisstrafen für die Arbeiter endeten. Durch Spitzeleien wurden antifaschistische Gruppen immer wieder zerschlagen und die ehemals stärkste Arbeiterbewegung der Welt war ihrer gesamten Führungsspitze beraubt worden. Bis Ende 1938 verlor die KPD fast zwei Drittel ihrer ältesten und erfahrensten Parteimitglieder. Die Führung war schon '33 zerschlagen worden. Allein von Anfang bis Ende 1939 wurden 18.755 Kommunisten und 2.107 Sozialdemokraten vor Gericht gestellt.

Man wollte „in kleinen Schritten“ zum Sozialismus kommen. In der Praxis wurden allerdings zum Beispiel die Notstandsregierungen ab 1930 toleriert und Aufrüstungsschritte unterstützt (Panzerkreuzerbau). Im Kampf gegen die Nazis setzte sie auf Polizei und Justiz, die damals noch viel offensichtlicher als heute auf Seiten der Reaktionäre standen. Man glaubte noch an den „Weimarer Geist“ als das Kapital schon längst auf Hitler gesetzt hatte.

Nach den Erfahrungen mit dem Verbot der SPD-Spitze wuchs die Kommunistische Partei Anfang der 20er Jahre zu einer Massenkraft. Dennoch folgte die Mehrheit der Arbeiter weiterhin der SPD. Die Aufgabe der KPD wäre es gewesen, das gemeinsame Vorgehen der Arbeiter aller Parteien und der Gewerkschaften gegen die Nazis zu organisieren. Das Angebot einer Einheitsfront an die SPD hätte eine effektive Abwehr der faschistischen Gefahr zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern ermöglicht. Auch hätte die KPD auf diesem Weg eine Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz des Kapitalismus gewinnen können, um so das Übel Faschismus an der Wurzel zu packen.

Tatsächlich tat die KPD genau das Gegenteil. Seit dem Sieg der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion folgte sie den Befehlen Stalins. Stalin und die KPD-Führung behaupteten, daß alles, was sich rechts von der KPD befände, bereits „faschistisch“ sei. Die SPD zählte auch dazu: „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder.“ So die Darstellung der Sozialfaschismustheorie in der Roten Fahne.

Damit wurde ausgesagt, daß es gleichgültig sei, ob die SPD, Brüning oder Hitler an der Macht ist! Diese Politik wurde von der gegen die stalinistische Führung kämpfende Linke Opposition in der KPD immer wieder kritisiert. So schrieb Trotzki, Führer der internationalen Linken Opposition: „Die Weisen, die sich rühmen, daß sie keinen Unterschied zwischen Brüning und Hitler kennen, sagen in Wirklichkeit: ob unsere Organisationen noch bestehen oder ob sie schon zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung.“

Wegen dieser Fehleinschätzung blieb die KPD nach Hitlers Regierungsantritt passiv bis abwartend. Sie hoffte, der Faschismus werde sich selbst entlarven und abwirtschaften und so das Feld der KPD überlassen.

Im Januar 1933 gab es nochmal Demonstrationen mit 130.000 in Berlin gegen Hitler. Sie breiteten sich auch weiter auf das Land aus. Doch während die Freikorps systematisch bewaffnet wor-

den waren, war dem Proletariat die Stärke genommen worden. Durch die Uneinigkeit in der Führung blieb es hier beim letzten Aufbäumen. Die Arbeiter, die immer wieder darauf warteten, das etwas geschieht, mußten zusehen, wie Streiks, Demonstrationen etc. im Sande verliefen.

Natürlich machte sich unter den Leuten Angst breit, aber niemals ging der Widerstand ganz unter. Sowohl 1935, als auch 1936 kam es zu jeweils zwei Streiks, die mit Entlassungen, Erschießungen und Gefängnisstrafen für die Arbeiter endeten. Durch Spitzeleien wurden antifaschistische Gruppen immer wieder zerschlagen und die ehemals stärkste Arbeiterbewegung der Welt war ihrer gesamten Führungsspitze beraubt worden. Bis Ende 1938 verlor die KPD fast zwei Drittel ihrer ältesten und erfahrensten Parteimitglieder. Die Führung war schon '33 zerschlagen worden. Allein von Anfang bis Ende 1939 wurden 18.755 Kommunisten und 2.107 Sozialdemokraten vor Gericht gestellt.

Hitler an der Macht

Die ersten Schritte, die Hitler einleitete, als er an der Macht kam, war die Auflösung des Parlaments, das Verbot aller Parteien und die systematische Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Sozialdemokraten und Kommunisten wurden verhaftet und in den KZs umgebracht, die Gewerkschaftshäuser besetzt.

Sogar seinen eigenen Schlägertrupps

den waren, war dem Proletariat die Stärke genommen worden. Durch die Uneinigkeit in der Führung blieb es hier beim letzten Aufbäumen. Die Arbeiter, die immer wieder darauf warteten, das etwas geschieht, mußten zusehen, wie Streiks, Demonstrationen etc. im Sande verliefen.



dere unliebsame Elemente wurden beseitigt, z.B. fiel der ehemalige General von Schleicher den Säuberungen zum Opfer.

Nachdem die wildgewordenen Kleinbürger und rückständigen Teile der Arbeiterschaft und Arbeitslosen ihre Aufgabe als Rammbock gegen die Arbeiterorganisationen erledigt hatten, wurde die Herrschaft der Nazis schrittweise zu einem „normalen“ Polizeire-

Wie der britische Außenpolitiker Lord Balfour schon 1933 sagte: „... ich bin fast davon überzeugt, daß wir eines Tages die Deutschen aufrüsten lassen oder sie sogar selbst bewaffnen müssen. Angesichts der ... furchtbaren Gefahr im Osten ist ein unbewaffnetes Deutschland wie eine reife Pflaume, die darauf wartet, von den Russen gepflückt zu werden. Deutschland sollte international gegen die Sowjetunion, also gegen die Planwirtschaft aufgerüstet werden.“

Mit der Pogromnacht vom 9. November 1938 wurde dann die systematische Verfolgung der Juden begonnen, die mit der Ermordung von sechs Millionen endete. Die Ausbeutung von Millionen von Zwangsarbeitern hat sich für die deutschen Kapitalisten gelohnt. Konzerne wie Volkswagen, Thyssen und Krupp konnten nach dem Ende des „tausendjährigen Reiches“ direkt ins „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre einsteigen, während Millionen von Arbeiterfamilien durch Faschismus und Krieg Tod und Elend gebracht wurde.

Aber während der Faschismus auf der einen Seite ganze Arbeit im Interesse der deutschen Unterehmer geleistet hatte, so führte er jedoch auf der anderen Seite zu einer erneuten Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Heute, nach der Wiedervereinigung Deutschlands, will die deutsche herrschende Klasse die letzten Kriegsfolgen überwinden und auch militärisch wieder eine vollwertige Rolle als imperialistische Macht spielen.

Die faschistische Gefahr heute

Wie die Nazis in den 30er Jahren die Juden, so benutzt die Bundesregierung heute Asylbewerber als Sündenböcke, um die Wut über die soziale Misere von sich abzulenken. Faschistische Banden werden dadurch bei ihrem Terror ermutigt.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die herrschende Klasse geradewegs auf die Errichtung einer faschistischen Diktatur zumarschieren würde. Wie oben beschrieben, ist der Faschismus ein spezielles Machtssystem, das in extremen Krisenzeiten die Herrschaft des Kapitalismus sichert. Das ist jedoch keine einfache Angelegenheit:

— die herrschende Klasse gibt die Kontrolle über den Staatsapparat zumindest teilweise auf – mit der Nazi-Diktatur hat sie sich damit bereits einmal die „Finger verbrannt“

— jede offene Unterstützung für die Faschisten kann zu Gegenreaktionen der Arbeiter und der Jugendlichen führen, vor allem sobald die Faschisten ihre eigentliche Aufgabe erfüllen wollen und die Arbeiterbewegung angreifen

— die Nazis hatten in den 20er und 30er Jahren eine eigene soziale Basis im verarmten Kleinbürgertum, daß sich gegen die Arbeiterbewegung mobilisieren ließ. Heute stützen sich rechtsextreme Parteien eher auf Wählerstimmen aus der Arbeitnehmerschaft, das klassische Kleinbürgertum ist stark zusammengeschmolzen

Deshalb werden die Herrschenden die Neonazis heute vor allem als Hilfspuppen benutzen, um ausländische Arbeitnehmer, Flüchtlinge, Linke und Gewerkschafter einzuschüchtern. Rechtsextreme Parteien werden weiterhin Stimmen und Unterstützung gewinnen können.

Die Verantwortung hierfür trägt die SPD-Führung, die die Angriffe auf Arbeitnehmerrechte und das rassistische Ablenkungsmanöver Asyldebatte voll mitträgt.

Die Aussage, daß eine faschistische Machtergreifung vorerst keine Gefahr darstellt, ist keine Verharmlosung der Gefahr von Rechts. Wenn die Arbeiterklasse in den nächsten Jahren die Gelegenheiten zur Abwehr der Angriffe des Kapitals nicht ausnützt und selbst in die Offensive für die Abschaffung des Kapitalismus geht, können die Herrschenden erfolgreich den Weg Richtung Diktatur und neue Kriege einschlagen. Die Nazi-Banden stehen schon heute bereit, um dabei die Drecksarbeit zu übernehmen.

Daniela Heipel, Kassel
Ulf Petersen, Köln

Zur politischen Lage in Deutschland

Aktuelle Entwicklungen, Perspektiven und Aufgaben aus marxistischer Sicht – Herbst '92: Hetze gegen Asylbewerber, Überfälle und Mordanschläge auf Ausländer und linke Jugendliche – Beginn der Rezession mit Arbeitsplatzabbau und Kürzungshaushalten. Format A5, 16 Seiten, 1 Mark.

Bestellungen gegen Vorkasse (kann in Briefmarken zuzügl. 60 Pf. Versand beigelegt werden).



te, kleine Gewerbetreibende, Intelligenz) machten damals noch ca. 50 Prozent der Bevölkerung aus. In den revolutionären Jahren nach 1918 setzte das Kleinbürgertum Hoffnungen auf die Arbeiterklasse, die auf dem Weg zum Sieg zu sein schien. Erst nach den verpaßten Gelegenheiten bis 1923 wandte es sich von den Arbeitern ab.

In der Wirtschaftskrise ab 1929 verarmt, suchte es nach einem radikalen Ausweg. Den schien Hitler anzubieten.

So waren dann der Großteil der NSDAP-Mitglieder Angestellte, Beamte und Selbstständige (siehe Grafik). Den geringsten Anteil stellten Arbeiter. In den Führungsgremien befanden sich sogar hauptsächlich Offiziere, Professoren, Fabrikanten, Bankiers und Generaldirektoren.

Das brutale Auftreten der SA-Horden vermittelte das Gefühl von Stärke, mit dem Feindbild der Juden wurde ein Sündenbock angeboten. Die Parolen gegen das „raffende Kapital“ und für die Abschaffung des „arbeits- und mühelosen Einkommens“ dienten dazu, die im Kampf gegen die große Konkurrenz unterlegenen Kleinbürger und die rückständigen Teile der Arbeiterklasse anzuziehen. Deshalb auch die Begriffe „sozialistisch“ und „Arbeiter“ im Namen der Partei.

Zur Psychologie des Kleinbürgertums und seiner Anfälligkeit für Hitlers Ideengebräu schrieb Trotzki: „Der Kleinbürger braucht eine höchste Instanz, die über Natur und Geschichte steht, gefeit gegen Konkurrenz, Inflation, Krise und Versteigerung. Der Evolution, dem ökonomischen Denken, dem Rationalismus – dem zwanzigsten, neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert – wird der nationale Idealismus als die Quelle des Heldischen entgegengestellt. Die Nation Hitlers ist ein mythologischer Schatten des Kleinbürgertums selbst, sein pathetischer Wahn vom tausendjährigen Reich auf Erden ... Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besüßft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse.“ (Porträt des Nationalsozialismus, 1933).

Arbeiterbewegung gespalten und gelähmt

In der Arbeiterschaft konnten die Nazis nie Fuß fassen. Bei den Betriebsratswahlen im Herbst 1933, nach Hitlers Machtergreifung, bekam die NSBO (NS Betriebsorganisation) keine drei Prozent! Aber wie konnte Hitler dann überhaupt erst an die Macht kommen und die Arbeiterorganisationen zerschlagen?

Von je 100 Angehörigen einer Berufsgruppe waren 1935 Mitglied in der NSDAP:	
Beamte, einschl. Lehrer (21)	
Selbständige (15)	
Angestellte (12)	
Bauern (8)	
Arbeiter (5)	



Der Sinn des Hitlergrußes (Plakat von John Heartfield)

gegenüber hatte Hitler keinen Skrupel. Von Anfang an wollte Hitler die „sozialrevolutionären“ Punkte seines Programms nicht umsetzen und hatte sie gerne der Industrie geopfert. In Opposition stand dazu die SA („Sturmabteilung“), die zum Großteil aus Arbeitslo-

und Militärregime.

Der faschistische Staatsapparat erlangte eine gewisse Selbständigkeit gegenüber den Kapitalisten, handelte aber voll in ihrem Interesse und Auftrag. Das massive Aufrüstungsprogramm Hitlers belohnte die Geldgeber der Nazis, die Stinnes, Flick, Thyssen und Co. reichlich.

Die alte Warnung aus der Arbeiterbewegung „Hitler bedeutet Krieg“ wurde schnell bestätigt. Der geforderte „Lebensraum für das deutsche Volk“ war nichts anderes als Rohstoffquellen und neue Märkte für den deutschen Imperialismus. Die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung war auch nötig, um die Arbeiter als Kanonenfutter für den Zweiten Weltkrieg nutzbar zu machen.

Die mit Deutschland konkurrierenden kapitalistischen Mächte betrachteten mit Wohlwollen, wie Hitler nach 1933 die Arbeiter knebelte. Auch hofften sie darauf, daß er den Kampf gegen die Sowjetunion aufnehmen würde.

Handelskrieg zwischen EG und USA:

Aufgeschoben aber nicht aufgehoben

Nach der Einigung im Agrarstreit zwischen EG und USA im Rahmen der GATT-Verhandlungen am 20. November sind vorläufig offene Handelskonflikte vermieden worden. Die EG hat zunächst dem Druck der USA auf Drosselung der Produktion von Ölsaaten (Raps, Mais...) nachgegeben und das frühzeitige Scheitern der GATT-Verhandlungen abgewendet.

Das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade = Allgemeines Zoll-

und Handelsabkommen) gibt es seit 1947. Seine Aufgabe ist es, durch internationale Vereinbarungen den Freihandel zu garantieren oder mindestens einen offenen Handelskrieg zu vermeiden. Jede Vereinbarung hält aber nur so lange, wie die beteiligten Staaten, hier vor allem die stärksten kapitalistischen Staaten wie die USA, Japan, BRD oder Frankreich, damit zufrieden sind.

In wirtschaftlichen Boomzeiten ist das meistens der Fall, ansonsten geht der Streit wieder los und es wird neu

delssystem sein, das unter Umständen an 300 Millionen Dollar scheitern kann?

Kaum war der Agrarstreit beigelegt, drohten die USA mit Strafzöllen von 40 Prozent auf die Stahlimporte, was Vergeltungsmaßnahmen seitens der EG und Japan nach sich ziehen würde. Der Freihandel ist ohnehin schon gar nicht so frei. Nur 7 Prozent des Welthandels unterliegen weder Tarifzöllen noch sonstigen Hemmnissen.

Neben Zöllen gibt es für einzelne

einzuführen, Überhand nehmen. Bei den GATT-Verhandlungen stehen noch die größten Brocken aus.

► die EG drängt Japan, den Auto-Export zu reduzieren.

► USA und EG üben Druck auf Japan aus, seinen Markt für den Reisexport zu öffnen.

► Konflikte in vielen umstrittenen Bereichen, wie Telekommunikation, Banken und Versicherungen, sind im Gange.

► Umstritten ist der Export von Filmen

dem Druck der deutschen Bourgeoisie beugen.

Die Haltung der französischen Regierung wird vor allem durch die Angst vor dem Aufstand der Bauern bestimmt. Die französischen Bauern haben eine durchaus militante Tradition. Im letzten Jahr wurden Minister serienweise von Bauern tätlich angegriffen, so daß die Regierung für ihre Minister zeitweise ein Ausgehverbot auf Land erlassen mußte.

In diesem Jahr unterstützten die Bauern die streikenden Lastwagenfahrer bei ihren Straßenblockaden und legten zusammen wochenlang den Verkehr lahm. Die Ankündigung der US-Strafzölle auf EG-Produkte provozierte heftige Bauernproteste: Vor der US-Botschaft in Paris wurde die amerikanische Flagge verbrannt, eine Coca-Cola-Fabrik blockiert und verschiedene McDonalds-Filialen angegriffen.

In Straßburg demonstrierten 50.000 Bauern aus mehreren EG-Staaten und zeigten, daß nicht nur französische Bauern im Zuge der kapitalistischen Krise um ihre Existenz bangen müssen. Es besteht kaum Hoffnung für die Bauern, bei steigender Arbeitslosigkeit in allen EG-Staaten einen Job in einem anderen Bereich zu finden. Die französische Regierung steckt in einer Zwickmühle: Akzeptiert sie den Kompromiß zwischen EG und USA, muß sie mit einer Bauernrevolte rechnen, lehnt sie ihn ab, muß sie eine offene Spaltung in der ohnehin angeschlagenen EG befürchten.

Das französische Parlament hat den Kompromiß zwar mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, um die Bauern nicht auf die Palme zu bringen. Es ist aber anzunehmen, daß die Regierung trotzdem stillschweigend den Kompromiß akzeptiert, die Ölsaatenproduktion in den nächsten Jahren um 21 Prozent zu reduzieren. Die in Worten entschlossene Haltung und vor allem die Parlamentsentscheidung werden benutzt, um einerseits die Bauern zu beruhigen und andererseits in der EG Druck für eine größere Ausgleichszahlung an die französischen Bauern zu machen.

Der Kapitalismus ist das Übel

Der Agrarstreit zeigt, wie hirnrissig das ganze kapitalistische System ist: das Problem ist nicht, daß zu wenige, sondern zu viele Lebensmittel hergestellt werden. Und dies in einer Welt mit Millionen hungernder Menschen, in einer Welt, in der Woche für Woche fast 300.000 Kinder verhungern oder an Unterernährung sterben.

Neben dem Hungerelend z.B. in den von Bürgerkriegen erschütterten Staaten Somalia und Bosnien gibt es auch in den USA und in der EG einen wachsenden Anteil der Bevölkerung, der sich keine ausreichende Ernährung leisten kann. Mehr als 35 Millionen Menschen in den USA gehen Abend für Abend hungrig ins Bett.

Und die kapitalistischen Regierungen haben keine andere Sorge als sich über die Reduzierung der Lebensmittelproduktion zu streiten!

Die kapitalistische Produktion hat eben nicht den Zweck, die Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen, sondern die Profite einiger weniger zu garantieren. Die kapitalistische Krise bedeutet nicht, daß etwas fehlt, sondern daß es zu viel gibt – in dem Sinne, daß es weit mehr gibt als wir uns leisten können.

Die Produktion wird dann runtergefahren oder eingestellt. Leidtragende sind weltweit die Arbeiter und kleinen Bauern. Arbeiter und Bauern verschiedener Nationalitäten werden gegeneinander aufgehetzt, um die Profite der jeweiligen Kapitalisten zu sichern. Ein Zustand, der nur beendet sein wird, wenn sich die Arbeiterklasse die Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft erkämpft hat.

Gaëtan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied

Rußland

Marxisten kämpfen für „neuen Oktober“

Im November fuhr Tony Sau-nois, ein internationaler Mitarbeiter von *Militant* (britische Schwesterzeitung von VORAN) nach Rußland. Dort gab er bei Veranstaltungen in Leningrad und Moskau seine Einschätzung der politischen Lage in Ost und West.

Ein Unterstützer der russischen marxistischen Zeitung *Rabotschaja Demokratija* (Arbeiterdemokratie) berichtet über das Treffen:

„Als Tony vom Leben der Arbeiter in den krisengeschüttelten kapitalistischen Staaten berichtete und die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Stalinismus beschrieb, war der Saal mucksmäuschenstill (bis auf das Geflüster eines deutschen Fernseherteams).“

Das Motto der Veranstaltung war: „75 Jahre nach der großen sozialistischen Oktoberrevolution – Neue Weltordnung oder Chaos?“ Tony beendete seine Rede mit einem Ausblick auf eine bevorstehende neue Periode des Kampfes im Westen, die die Arbeiterklasse des Ostens inspirieren und ermutigen wird, obwohl sie im Augenblick mit noch nie dagewesenen Problemen und Verwirrungen belastet ist.

Ein „Neuer Oktober“ würde unausweichlich wieder auf der Tagesordnung stehen – dies zu organisieren und dafür zu agitieren würde seine Zeit brauchen und könne nur dann erfolgreich sein, wenn man sich auf die grundlegenden Ideen des Marxismus besinne und diese klar und aufmerksam anwende.

In der Diskussion gabe es aufmerksame Fragen und Beiträge von Aktivistinnen und Veteranen aus den Arbeitslagern der Breschnew-Zeit. Die üblichen Beschuldigungen der „Spartakisten“-Sekte, daß *Rabotschaja Demokratija* und *Militant* die bürgerliche Konterrevolution unterstützen würden – in Rußland, August 1991; in Polen 1981; in Großbritannien in der Labour Party – fanden keine Unterstützung.

„Der vor uns liegende Weg ist nicht leicht“ warnte Tony „aber gemeinsam werden wir siegreich sein.“

Ein Ergebnis des Flugblattverteils, der Berichterstattung im Radio und in den Zeitungen war, daß viele neue Mitglieder für *Rabotschaja Demokratija* gewonnen werden konnten.

450 Rubel wurden bei der Veranstaltung gesammelt, sowohl Arbeiter als auch Studenten bekundeten ihr Interesse für weitere Diskussionen und Aktionen. Während der Kongreß der Volksdeputierten vor dem Hintergrund eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und der sozialen Bereiche stattfindet, sind die Unterstützer von Arbeiterdemokratie entschlossener denn je, den Kampf für den Sozialismus aufzunehmen.

Elizabeth Clarke,
Korrespondentin von *Militant*



Bauernproteste in Frankreich anlässlich des Agrarstreits zwischen der EG und den USA

verhandelt, das heißt der Markt wird unter den großen kapitalistischen Staaten neu aufgeteilt.

Sieben GATT-Runden sind bereits gelaufen. Das letzte Abkommen wurde 1979 (in der Tokio-Runde) abgeschlossen. Die heutigen Verhandlungen (Uruguay-Runde) laufen bereits seit 1986 erfolglos und hätten Ende 1990 endgültig abgeschlossen sein müssen. Die Entscheidung der USA, zweihundertprozentige Strafzölle auf Nahrungs- und Genußmittelimporte aus der EG zu erheben, falls die EG ihre Ölsaatenproduktion nicht reduziert, hätte beinahe die GATT-Runde scheitern lassen und weltweit Handelskriege auslösen können.

Handelskrieg vorprogrammiert

Die Strafzölle hätten den USA nur knapp 300 Millionen Dollar eingebracht. Wie stabil kann ein Welthan-

Staaten noch Tausende anderer Möglichkeiten, Handelshindernisse aufzubauen, z.B. bestimmte Normen, bestimmte Qualitätskriterien, bis hin zur vorgeschriebenen Form der Verpackung. Dies alles natürlich nicht zum Schutz der Verbraucher, sondern der Profite der jeweiligen Kapitalisten und Groß-Farmer.

Zur Zeit gibt es Konflikte über den US-amerikanischen Fleischexport in die EG, weil angeblich das US-Fleisch die EG-Kriterien nicht erfüllt. Wer glaubt denn ernsthaft daran, daß US-Steaks für EG-Verbraucher schädlich wären? Die Geschichte mit dem Reinheitsgebot des deutschen Bieres ist ein ganz ähnlicher Trick, um ausländische Biere vom deutschen Markt fernzuhalten.

In der jetzigen internationalen Wirtschaftskrise werden zweifellos die Bestrebungen, zwischen den Blöcken Japan, EG und Nordamerika Strafzölle und sonstige Einfuhrbeschränkungen

und Videos, insbesondere aus den USA nach Europa

Es ist unwahrscheinlich, daß ausgerechnet im nächsten Jahr, mitten in einer Wirtschaftskrise, ein Abschluß dieser GATT-Runde möglich sein wird. Jedenfalls nicht mit einem Abkommen, das auch nachher eingehalten würde.

Die Verhandlungsführer der einzelnen kapitalistischen Staaten wissen zwar, daß ein Scheitern der GATT-Verhandlungen Handelskriege auslösen wird, die die weltweite Rezession noch vertiefen werden. Im Kapitalismus ist es aber nun einmal so, daß sich das auch noch so kurzfristige Interesse einzelner Kapitalisten oder einzelner kapitalistischer Staaten durchsetzt, wenn die wirtschaftliche Situation sich verschärft.

Konflikte innerhalb der EG

Die Auseinandersetzungen finden nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Blöcke statt. Die Träume von einer Währungsunion in der EG sind zwar durch den Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems geplatzt, aber die beiden größten Mächte in der EG, BRD und Frankreich, scheinen oberflächlich betrachtet am gleichen Strang zu ziehen.

Der Agrarstreit mit den USA hat jedoch die unterschiedliche Interessenlage und die beginnenden Konflikte zwischen beiden Staaten offenbart. Die BRD war von Anfang an für einen Kompromiß mit den USA. Kein Wunder, da die Landwirtschaft in der BRD eine geringere Rolle spielt als in Frankreich.

Mit sechs Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind in Frankreich fast doppelt so viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt wie in der BRD. Vor allem bei französischen Exporten spielen landwirtschaftliche Produkte mit einem Anteil von 16 Prozent eine beträchtliche Rolle.

Auch andere südeuropäische EG-Staaten mit gewisser Abhängigkeit von der Landwirtschaft waren zuerst für eine kompromißlose Haltung gegenüber den USA, mußten sich aber unter

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Mahmoud Masarwa sitzt seit 4 Jahren unschuldig im Gefängnis, weil der israelische Staat ihn für seine Aktivitäten als Sozialist und Gewerkschafter bestrafen will. Die Verurteilung zu der ursprünglich zehnjährigen Haftstrafe ist das Ergebnis falscher Anschuldigungen des israelischen Geheimdienstes.

Mahmoud nahm letzten Oktober am Hungerstreik von 10.000 palästinensischen politischen Gefangenen teil. Sie protestierten gegen die unerträglichen Haftbedingungen. Viele fasteten vierzehn Tage lang. Hussein Abedat starb an Hunger und Erschöpfung. Er wurde neben seinem Bruder Mustafa beerdigt, der von der Polizei auf einer Demo für die Hungerstreikenden erschossen wurde.

Nach Zugeständnissen an die Gefangenen wurde der Hungerstreik abgebrochen. Das starre Gefängnis-Regime hat sich seitdem etwas gelockert.

Mahmouds vierzehntägige Besuchszeiten wurden von zehn auf vierzig Minuten ausgedehnt.

Die nächste Anhörung seines Falls findet kommenden März statt, mit der Möglichkeit einer frühzeitigen Haftentlassung. Jedoch gibt es keine Garantie, daß er nicht doch noch die restlichen drei Jahre seiner siebenjährigen Haftstrafe absitzen muß. Die ursprünglich zehnjährige Strafe wurde herabgesetzt während die internationale Kampagne für seine Freilassung lief. Die Kampagne geht weiter.

Mahmoud versucht jeden Brief zu beantworten. Zeige Deine Solidarität und schreibe ihm (auf Englisch):

Mahmoud Masarwa
Prison No.0018. 342 3
Ashmorat Prison
Israel 42100

Oder Du kannst ihm den Brief per Telefax schicken (c/o prison Governor, Fax-Nr. 010 972 53613445).

Australien

Aufgestauter Ärger bricht aus

Im November waren die Straßen von Melbourne mit Massen von Menschen gefüllt, wie sie selbst bei den großen Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg in den 60er Jahren nicht zu sehen waren. An die 200.000 ArbeiterInnen trotzten Regen und Kälte während 30.000 weitere an regionalen Demonstrationen teilnahmen. Weit über 800.000 ArbeiterInnen nahmen an einem Streik im Bundesstaat Victoria teil.

Die Streiks richteten sich gegen eine knallharte Politik, die von der nur fünf Wochen alten Koalitionsregierung aus Liberaler und Nationaler Partei eingeführt wurde. Sie haben den seit zehn Jahren aufgestauten Ärger über Kürzungen und Entlassungen zum Ausbruch gebracht.

„Endlich scheint die Arbeiterklasse sich wieder zu vereinen“ sagte ein Demonstrant. Dieses plötzliche Wiedererwachen wurde durch die brutalen Angriffe des Premierministers von Victoria, Jeff Kennett, auf die Arbeitsbedingungen ausgelöst. Er hat unter anderem

- die Zuschläge für Wochenendarbeit abgeschafft;
- alle Arbeiter gezwungen, neue Tarifverträge vom März nächsten Jahres an auszuhandeln;
- ein Streikverbot für die Dauer der Tarifverträge (bis zu fünf Jahren) eingeführt, ausgenommen sind Streiks wegen Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz;
- ein Streikverbot für „unverzichtbare Wirtschaftszweige“ ausgesprochen, die von der Regierung festgelegt werden; Streikenden und Gewerkschaftsfunktionären drohen hohe Bußgelder;

Währenddessen wurden in einer weiteren Geste der Abscheu gegenüber der Arbeiterklasse die Diäten für Abgeordnete massiv erhöht und die Ausgabe von Silberbesteck im Parlaments-Restaurant wieder eingeführt.

Als eine Zeitung Kennett fragte, ob nicht viele Leute ohne große Verhandlungsmacht auf der Strecke bleiben würden, antwortete er „So ist das Leben, oder?“

Auf Bundesebene will die liberale Opposition zur Labor-Regierung eine ähnliche Politik. Ihre politische Erklärung „Fight-back!“ (= „Zurückschlagen!“) fordert neue Steuern für die Arbeiter, massive Kürzungen im öffentlichen Dienst und einen Frontalangriff auf die Gewerkschaften.

Das ist das Gesicht der Liberalen und Kapitalisten in den 90er Jahren. In den 80ern war es noch anders. Auf der Grundlage des Wirtschaftsaufschwungs betrieb der Boss eine Versöhnungspolitik gegenüber den Gewerkschaften und der Labor-Regierung, um die Löhne im Zaum zu halten während die Profite explodierten.

Jetzt ist Australien in der längsten Rezession seit den 30er Jahren. Also verlangen die Bosse große Einschnitte bei den Arbeitsbedingungen.

Einige Unternehmer wollen die Gewerkschaften umgehen, indem sie Einzelverträge mit den Arbeitern abschließen. Aber wo die Gewerkschaften stark sind, müssen sie sich auf die Gewerkschaftsbosse stützen, um die Kürzungen durchzuführen, die sie haben wollen.

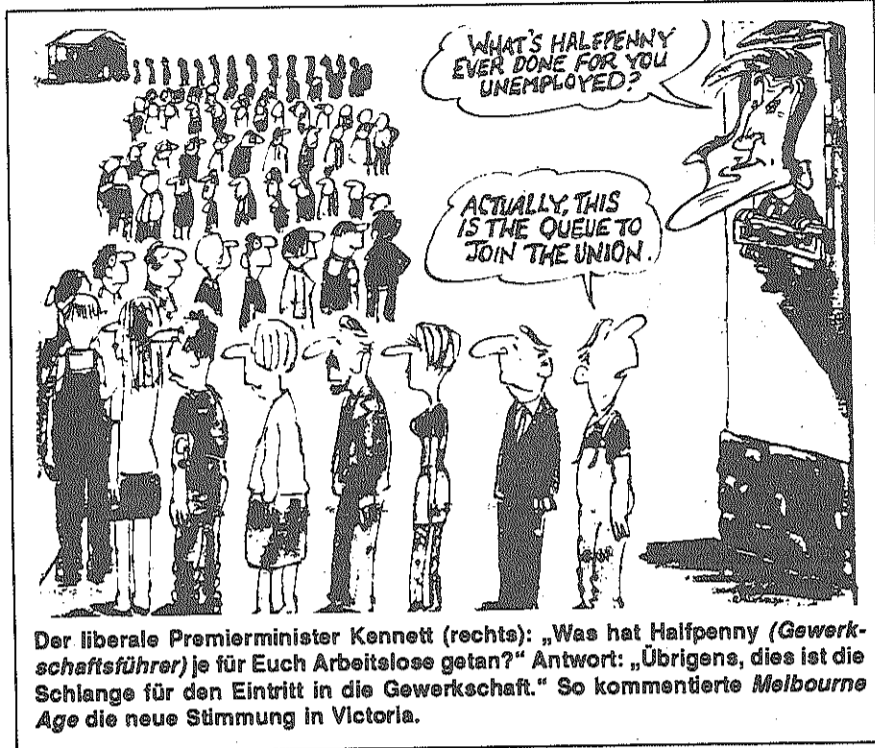
Diese Unternehmer haben die meisten Vorbehalte gegenüber Kennett -

vielleicht wird er eine massive Gegenwehr der Arbeiter provozieren und so ihre Pläne zunichte machen.

Wenn die Gewerkschaften eine klare Strategie gegen die Angriffe der Liberalen vorbereiten würden, könnte der

schen Basis provozieren, die für eine Führung kämpfen wird, die sie verdient.

Das darf nicht bei der Wiederbelebung der Gewerkschaften aufhören, sondern muß auch auf die politische



Der liberale Premierminister Kennett (rechts): „Was hat Halfpenny (Gewerkschaftsführer) je für Euch Arbeitslose getan?“ Antwort: „Übrigens, dies ist die Schlange für den Eintritt in die Gewerkschaft.“ So kommentierte Melbourne Age die neue Stimmung in Victoria.

November als der Monat in die Geschichte eingehen, in dem die Bosse die größte Niederlage des Jahrzehnts erleben mußten.

Die Forderung der australischen Militant nach einem 24-stündigen Generalstreik traf genau die Stimmung auf der Demonstration. Wenn die Bewegung ins Stocken gerät, wird es an der mangelnden Führung von Seiten der Gewerkschaftsspitze liegen. Aber das wird nur eine Revolte der kämpferi-

Ebene getragen werden. Es war die rechte Labor-Politik, die den Angriffen der Liberalen den Weg bereitet hat.

Auf kapitalistischer Grundlage gibt es keinen Weg zurück zum Wohlstand. Die Aufnahme des Kampfes durch die Arbeiterklasse von Victoria wird zweifellos immer mehr Arbeiter zu revolutionären Schlußfolgerungen führen.

Robyn Hohl, Sydney
Stephen Jolly, Melbourne

Schottland

Scottish Militant Labour auf dem Vormarsch

Die Behauptung, mit einem sozialistischen Programm ließen sich heutzutage keine Wahlen gewinnen, ist durch die GenossenInnen von Scottish Militant Labour (SML) wieder einmal auf den Müllhaufen der Geschichte verbannt worden. Bei den letzten Bezirksratswahlen in Glasgow haben sie insgesamt 38 Prozent der Stimmen bekommen, die Labour Party 34 Prozent und die sich links gebenden schottischen Nationalisten von der Scottish

National Party (SNP) nur 26 Prozent.

Innerhalb von sechs Monaten wurde damit der sechste SML-Kandidat als Bezirksvertreter gewählt. Die Labour Party, die sich in den letzten Jahren noch viel weiter nach rechts bewegt hat als die SPD in Deutschland, verliert in Glasgow an Boden.

In Govan/Drumoyne kam SML nahe an die Labour Party und die SNP heran. Im industriellen Kern dieses Bezirks, Govan, lag SML vorn. Die Labour Party und die SNP arbeiten bereits seit Jahren in diesem Bezirk und holten hunderte von Wahlkämpfern aus ganz

Schottland herein. SML hingegen erzielte innerhalb von vier Wochen und fast nur auf der Grundlage der Arbeit der Ortsgruppen aus Govan und dem benachbarten Pollok einen beachtlichen Erfolg.

In Barlanark/Queenslie gewann SML-Kandidat Willie Griffin mehr Stimmen als alle anderen Parteien zusammen. Er sagte nach der Wahl: „Was uns von unseren Gegnern unterschied, waren unsere 25 Straßenversammlungen. Die drohende Wasserprivatisierung war ein großes Thema für die Wähler hier (...). Die vier Militant-Vertreter im Glasgower Stadtrat haben einiges erreicht, indem sie Dinge öffentlich machten. Die Labour Party-Führung sucht bereits nach Möglichkeiten, dies zu stoppen (...). Während der Wahlkampagne sind buchstäblich Dutzende SML beigetreten. Zweifellos sind wir jetzt die größte politische Gruppierung in diesem Bezirk, sogar größer als die Labour Party, mit über 100 Mitgliedern im Vergleich zu Labours 20.“

Auch die bürgerliche Presse fand deutliche Worte: „Die Leute haben das Vertrauen in Labour als Kämpfer für die Armen verloren. Der Verlust zweier Glasgower Wahlkreise mag nicht sonderlich schlimm sein, aber was Labour beunruhigen sollte ist die Tatsache, daß es sich um die Fortsetzung eines Trends handelt.“ (Evening Times)



„Willie Griffins Sieg ist ein weiterer Test für Labours Vertrauensbasis als wirkliche Verteidigerin der Arbeiterklasse...“ (Herald).

SML tritt für die sozialistische Erneuerung der Labour Party ein und warnt davor, daß weitere Niederlagen für Labour unvermeidlich sind, solange die Labour-Spitze auf sozialistische Politik verzichtet und einen rechten, pro-kapitalistische Kurs verfolgt.

Nach einem Bericht aus Militant

Wahlergebnisse in Schottland:

Govan/Drumoyne		Barlanark	
Scottish National Part	2076	Willie Griffin (SML)	1799
Labour Party	1939	Labour Party	1279
Alan McCombes (SML)	1771	Scottish National Party	339
Communist Party	50	Tory (Konservative)	69

Pakistan

„Workers' Struggle“ beschlagnahmt

6.000 Ausgaben der pakistanischen Schwesterzeitung von Voran sind im November vom pakistanischen Geheimdienst beschlagnahmt worden.

Der Genosse Farooq Tariq berichtet: „Vier Genossen und 5.000 Zeitungen kamen mit dem Zug über Lahore nach Islamabad. Unterwegs gab es vier Polizeikontrollen, aber die Genossen schafften es. Im Nachbarort Rawalpindi angekommen, mußten wir die Zeitungen in einem Gasthof verstecken, wir selbst gingen an einen anderen Ort in Islamabad. Eine Stunde später wurde der Gasthof durchsucht und unsere Zeitungen wurden beschlagnahmt.“ Weitere 1.000 Zeitungen, die am 12. No-

vember an Abonnenten verschickt wurden, sind ebenfalls beschlagnahmt worden.

Auch Benazir Bhutto, ehemalige Premierministerin und Vorsitzende der Pakistanischen Volkspartei (PPP), verurteilte diesen Akt von Pressezensur aufs schärfste: „Man kann Gedanken und Vorstellungen nicht hinter Gitter sperren.“

Schreibt Protestbriefe an:
Prime Minister
Muhammed Nawaz Sharif
Prime Minister House
Islamabad, Pakistan
Schickt Kopien der Briefe an:
Workers' Struggle
PO Box 4224
Lahore, Pakistan

Schweden

Faschisten gestoppt

Jedes Jahr demonstrieren die schwedischen Faschisten am 30. November, dem Todestag von König Karl XII., in Stockholm und Lund.

Die Polizei, die Politiker und die Medien hatten alles getan, um eine effektive antifaschistische Demonstration zu verhindern. In den Schulen warnte man die Schüler über die Lautsprecheranlage vor der Teilnahme. In den Zeitungen konnte man schon mehrere Wochen vorher lesen, daß die antifaschistische Demonstration zu einer Straßenschlacht entarten würde.

Trotzdem war die Unterstützung für die Demonstration sehr groß. 2.000 bis 3.000 Personen versammelten sich am Abend des 30. November in Lund. Umgeben von mehreren hundert Polizisten gingen sie zu dem Punkt, wo sich der Weg mit dem der faschistischen Demonstration kreuzte. Dort blieben sie drei Stunden stehen.

Dann hatte die Polizei eingesehen, daß es unmöglich war, die Faschisten an der Blockade vorbeizuführen. Die etwa 100 Faschisten wurden in Busse gesetzt und wegtransportiert.

In Stockholm hatte die Polizei keine Erlaubnis für die antifaschistische Gegendemonstration erteilt. Trotzdem kamen etwa 5.000 Personen zu dem Park, wo sich 200 Faschisten geschützt von 900 Polizisten versammelten. Nach zwei Stunden wurde die antifaschistische Demonstration zu einem anderen Platz geführt, nachdem mitten in der Demonstration eine starke zeitgezündete Sprengladung entdeckt wurde. Das zeigt, wie die schwedischen Faschisten mehr und mehr zu reinem Terrorismus übergehen.

Im Laufe des Abends gab es eine kleinere Straßenschlacht, als 50 Faschisten in der Nähe der antifaschistischen Demonstration auftauchten.

In beiden Demonstrationen spielte Elefantenkampfen, eine Mitgliedsorganisation von Jugend gegen Rassismus in Europa, und Offensiv, die schwedische Schwesterzeitung von VORAN, eine entscheidende politische und organisatorische Rolle. In den Tagen vor und nach dem 30. November wurden Unterstützer von Offensiv in fast allen Fernseh- und Radionachrichten sowie in den größten Zeitungen interviewt.

Arne Müller, Stockholm
Mitarbeiter von Offensiv

Spanien

Rock gegen Rassismus

In der Nacht vom Freitag, dem 13. November, stürmten vier vermummte Rassisten in ein heruntergekommenes Madrider Kino und begannen, um sich zu schießen. Sie töteten eine dominikanische Arbeiterin, die dort mit 29 anderen wohnte.

Am 21. November nahmen in Sevilla 2.500 Jugendliche an einem „Rock gegen Rassismus“-Konzert teil und verurteilten diesen rassistischen Mord. Das Konzert wurde von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) in Zusammenarbeit mit den Jungen Kommunisten, der Vereinigten Linken (IU), den Arbeiterkommissionen (CCOO - kommunistischer Gewerkschaftsverband), der UGT-Jugend und den Grünen durchgeführt. Die Presseresonanz war sehr gut, in drei der großen Tageszeitungen (El Correo, Diario16 und El Pais) gab es Berichte. JRE wurde von fünf verschiedenen Radiosendern interviewt.

Über 300 Jugendliche haben sich in Interessentenlisten für JRE eingetragen und 80 Exemplare von Manifiesto (spanische Schwesterzeitung von VORAN) wurden verkauft.

Korrespondentenbericht aus Spanien

Leserbriefe

schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare ...

Zu „Stoppt die Katholikenflut!“, VORAN Nr. 146

Liebe Freunde!
 So gut auch alle Artikel in der letzten Nummer „Vorán“ sind, so gefällt mir doch der Kampfauftrag gegen die Katholiken nicht (Nr. 146, S.10). (Der Text „Stoppt die Katholikenflut“ enthielt zwar kritische Seitenhiebe auf die katholische Kirche, war aber als Satire und Angriff auf die Hetze gegen Asylbewerber gedacht, nicht auf die Katholiken - Anm. der Red.)

Man darf nicht diese Riesenreligion insgesamt verurteilen, in ihr gibt es doch so manche Abteilungen, die geradezu antiimperialistisch sind. Am 20.3.1980 wurde der Erzbischof von San Salvador, Oscar Arnulfo Romero, von gedungenen imperialistischen Mördern („Todesschwadronen“) während eines Gottesdienstes erschossen. Der Vatikan wehrte sich, Romero in den Märtyrerstand zu erheben. Als diese Nachrichten durch die Presse gingen, begann ich mich sofort für „Theologen der Befreiung“ zu interessieren. Jetzt habe ich schon mehrere Bücher von ihnen durchgelesen. Ich will hier nicht eine lange Abhandlung zum Thema schreiben, aber wir sollten gerade diese Seite des Katholizismus herausstellen, dabei wäre der Papst, gerade dieser Heuchler und Schauspieler Wojtyla = Johannes Paul II., doch als fanatischer Verteidiger des Finanzkapitals zu entlarven, daneben alle die vielen Verbrenner des Vatikans. Man denke nur an das Buch von David A. Yallop: „Im Namen Gottes?“ zum Mord am 33-Tage-Papst, Johannes Paul I!

Übrigens habe ich Freunde - seit mehr als 40 Jahren -, die sind „Kommunisten in Christo“, sie leben seit 1533 in

vollkommen brüderlichen Gemeinschaften, ohne Geld und Besitz, genau nach Christi Bergpredigt. Deshalb wurden sie von den staatlichen Großkirchen unbarmherzig und verbrecherisch verfolgt. Sie haben ihre „Brüderhöfe“ in Westdeutschland, England, USA, Kanada, usw. (...) Der USA-Bischof Montgomery Brown schrieb z.B. 1924: „Karl Marx ist der Rote Christus des Proletariats“. Und ich sage meinen Verwandten und Freunden, denen man ein „Neues Testament“ aufgedrängt hat: „Lies! Das ist ein revolutionäres Buch, Christus war der erste Kommunist. Weil er die Armen und Ausgebeuteten verteidigte, wurde er wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht usw. von der Besitzerklasse durch käufliche Agenten ermordet.“ (...)

Ich bin 1930 aus der evangelischen Kirche ausgetreten, weil der hiesige Pfaffe Nazi geworden war. Ab 1933 begann die Kommunistenhatz und am Ende meiner Zuchthauszeit (ich war jahrelang in Einzelhaft) war ich auch mit einem katholischen Dieb einige Wochen hindurch in der Zelle. (...)

Meine Überzeugung: Mit allen Menschen dieses Planeten - Freundschaft, ohne dabei unser Klassenbewußtsein zu verlieren! Wozu Religion fähig ist? - Salman Rushdie. Warum schweigt die Bourgeois-Presse? Der Klassenkampf ging und geht durch die Religionen. Nur so! Oma mag ewig leben, das ist ihre Sache, denn wir sind Freidenker.

Euch herzliche Grüße und einen Geldschein für die nächsten „Vorans“. Ernst Diedrich, Warin, Mecklenburg-Vorpommern.

Warnung vor dem Wolf im Schafspelz

Am 5.11.1992 in Frankfurt an der Hauptwache bei unserem wöchentlichen JRE-Infotisch erfuhr ich im Gespräch, daß einige Meter weiter die Republikaner auch einen Infotisch hatten. Aus Neugierde begab ich mich dorthin und ließ mir das umfangreiche Informationsmaterial geben. Zurück am JRE-Tisch erzählte ich von dem Infotisch und zeigte es vor. Wir überflogen selbiges und begaben uns gemeinsam zu den Republikanern, um den Infotisch zu blockieren und mit ihnen zu diskutieren.

Wortgewandte Vertreter der Republikaner behaupteten, sie seien durch die Medien in ein falsches Licht gesetzt worden. Sie seien nicht ausländerfeindlich, sondern daran interessiert, „Asylbetrüger“ das Handwerk zu legen. Weiter meinten sie, es sei nur ihr Interesse, dem Mittelstand zu helfen und Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot als auch die steigende Kriminalität zu stoppen. Doch schon im Gespräch fiel mir an dem Wort „Mitteldeutschland“ auf (was sie für die neuen Bundesländer verwendeten), daß mehr als der Schutz der Mittelklasse ein Ziel der Republikaner ist.

Denn der Gebrauch des Wortes „Mitteldeutschland“ für Ostdeutschland beinhaltet die Forderung, Preußen und Pommern wieder in Deutschland einzugliedern. Doch das wahre Gesicht der Republikaner kommt erst beim Durchforsten der „Presseinformationen“-Thesen zur Kommunalwahl 1993 zum Vorschein. Selbst da versuchen sie, ihre nationalistischen Ziele mit gut klingenden Aussagen zu verschleiern. Doch beim genauen Hinsehen sind nationalistische Ziele und Widersprüche zu erkennen. Wie z.B. die Aussage - wörtlich: „Wir Republikaner sind gegen jede Bezahlung an Asylbewerber“ (...). Weiter führen die Republikaner folgende Punkte auf, die ihre nationalistischen

Absichten verdeutlichen - wörtlich: „Einwohner ausländischer Herkunft sollten erst nach dreijähriger Berufsausübung in Deutschland ein Recht auf eine Sozialwohnung bekommen, sofern sie in ihrer Heimat keinen eigenen Wohnraum besitzen.“ (Zeige mir den Arbeitgeber, der einen Wohnsitzlosen einstellt!) „Es ist darauf zu achten, daß der Anteil von ausländischen Kindern in den Schulklassen den Anteil der deutschen Schüler nicht übersteigt.“ - „Wir sind weiter gegen Zuschüsse für sexuelle Minderheiten (Lesben und Schwule).“ (...)

Das ist nur ein schwindend geringer Teil des Ausländer und Minderheiten verachtenden Parteiprogrammes. (...)

Eine wirkliche Gefahr würde von den Republikanern ausgehen, wenn sie großen politischen Einfluß erlangen

würden, denn unter den Deckmantel der personellen Aufstockung der Kriminalpolizei und der Gründung einer Hilfspolizei, zum angeblichen Schutz der Bürger, wollen sie das Aufgebot der Exekutive (ausführende Gewalt) erhöhen, um im Fall der Machterlangung mit Gewalt ihre Interessen zu verfolgen. (...) Darum mein Aufruf:

- informieren und Informationen weitergeben, mit Gewalt kommt man gegen dieses ausgeklügelte System nicht an, denn die faschistischen, nationalistischen, ja -nationalsozialistischen Absichten sind so gut verpackt, daß man durch Konfrontationen nichts erreichen kann! Wir können nur durch Denkanstöße zur eigenen Meinungsbildung jedes einzelnen beitragen und hoffen, daß die Ziele dieser Partei (REP) klar durchschaut werden.

Roman, JRE Frankfurt

T-Shirts - Buttons

Schwarz/rot auf weiß: 20 Mark
 Schwarz auf weiß: 18 Mark
 Buttons 2-farbig 2 Mark

Bestellungen an Red. VORAN, Adresse s. unten (nur gegen bar/Scheck/Überweisungsbeleg).
 Buttons ab 100 Stk 1 Mark pro Stk;
 T-Shirts ab 10 Stk. 30% Rabatt)

Solange der Vorrat reicht!

Kampffonds

Sammelt Spenden für VORAN!

Die Initiative von VORAN zum Aufbau einer starken Jugendorganisation gegen Neonazis und Rassismus ist auf große Resonanz gestoßen. Viele Jugendliche haben die Idee von *Jugend gegen Rassismus in Europa* (JRE) aufgegriffen, um endlich den Nazis eine bundesweit organisierte Kraft entgegenzustellen. VORAN will JRE auch weiterhin unterstützen, über ihre Aktivitäten berichten und politische Argumente für den Kampf gegen Rassismus und Faschismus liefern.

Der gemeinsame Kampf von Arbeitnehmern aller Nationalitäten für gleiche Rechte und menschenwürdige Lebensbedingungen könnte den Nazis jegliche größere Unterstützung entziehen. Um diese Ziele zu erreichen, tritt VORAN in der Arbeiterbewegung für ein sozialistisches Programm ein - und braucht dafür Eure politische und finanzielle Unterstützung. Denn VORAN wird nicht durch großzügige Zuwendungen hoher Funktionäre oder Unternehmer finanziert, sondern durch Eure Spenden und Aktivitäten zugunsten des Kampffonds.

Die Kampffondskampagne im Herbst '92 war ein großer Erfolg. Bis zum 2.12. wurden 14.691 DM für das 4. Quartal abgerechnet, was bereits 70 Prozent vom Ziel entspricht! Besonders erfolgreich waren Button-, Trillerpfeifen- und Broschürenverkäufe auf Demonstrationen. Der neue Solipreis hat ebenfalls eine Erhöhung der vielen kleinen Spenden durch Zeitungskäufer ergeben.

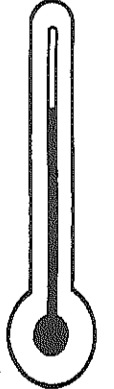
Die Aktionen gegen Nazis gehen weiter: an Schulen, auf der Straße, Verhinderungen von Naziveranstaltungen - gute Möglichkeiten, VORAN politisch und finanziell zu stärken.

Ende November gab's wohlverdientes Weihnachtsgeld für viele Arbeiter und Angestellte - fragt alle Sympathisanten von VORAN deshalb schnell wie nach einer Spende! Wir wollen demnächst neue Geräte für die Redaktion anschaffen. Wir müssen viel sammeln, um genügend Geld über die laufenden Ausgaben hinaus übrig zu haben.

Die Jahreszeit bietet weitere Möglichkeiten: T-Shirts gegen Nazis sind auch ein schönes Weihnachtsgeschenk! Silvesterferien können zugunsten des Kampffonds organisiert werden. Im Januar wird es die ersten Aktivitäten anlässlich des 60. Jahrestages von Hitlers Machtergreifung geben. Eine gute Idee wären VORAN-Veranstaltungen zum Thema mit aktuellem Bezug. Die Redaktion wünscht Euch erholsame Feiertage und einen guten Start im neuen Jahr!

Fiz Garvie, Redaktion

Ziel	21.000
4. Quartal 1992	14.691



Spendenkonto:
 VORAN, Kto.-Nr. 250059-430
 Postgiroamt Essen BLZ 36010043

Musik als Luxusartikel

Einen Preis von 50 Mark für eine CD schlägt der Vorsitzende des Phonoverbandes Thomas Stein vor, „um ihren Stellenwert als Kulturgut gerecht zu werden.“ Stein glaubt außerdem, er könne mit dieser Aktion die Phonobranche aus der Krise führen.

Von Mitte 1991 bis Mitte '92 ist die Zahl der verkauften CDs zwar von 40,1 Millionen auf 47,9 Millionen gestiegen, ein Umsatz von vier Milliarden Mark wie 1991 wird jedoch nicht mehr erreicht werden. Auch die Musikbranche profitierte von dem neuen Markt in den fünf neuen Ländern. Aber angesichts der Wirtschaftsmisere im Osten sitzt das Geld für eine CD heute längst nicht mehr so locker.

Diktat der Monopole

Doch wie kommt es dazu, daß die Preise steigen, obwohl jeder Musikkonzern um seine Käufer kämpft? In der Marktwirtschaft führt doch sinkende Nachfrage bei steigendem Angebot zu sinkenden Preisen, oder?

Tatsächlich konzentriert sich die ganze Musikbranche auf 6 Plattenfirmen. Diese „Big Six“ bilden ein Kartell und bestimmen zusammen die Preise.

So waren es auch diese Konzerne, die Mitte der 80er Jahre die Schallplatte aus den Regalen verdrängten. Da die Herstellungskosten stiegen,

die LP-Preise aber konstant blieben, kam den Herstellern die CD gerade recht. Die Herstellungskosten einer LP betragen gerade einmal 4 Mark. Die Herstellungskosten einer CD sind noch niedriger. Bei ihr ließ sich aber wegen der höheren Qualität ein höherer Verkaufspreis durchsetzen.

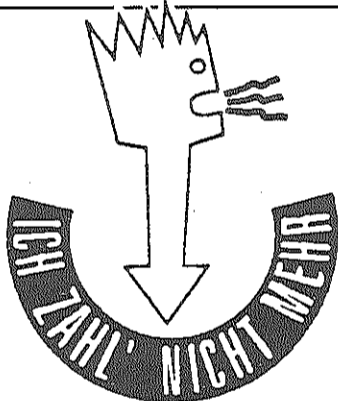
Auch die Händler hatten ein Interesse daran, die LP zu verdrängen, denn der Einkaufspreis ist mit 12 Mark für CD und LP gleich hoch!

Das Aus für die Kleinen

Für die Independents, kleine Firmen, die noch unabhängig von den großen Konzernen arbeiten, bedeutet die Preiserhöhung das Aus. Gerade diese Labels sind es, die jungen Künstlern eine Chance geben und so eine Alternativmusik zum vorherrschenden Einheitspop bieten.

Die Zeiten sind vorbei, als man noch mit einer Single für fünf Mark eine neue Band entdecken konnte. Die Befürchtung des Sängers von „Fury in the Slaughterhouse“: „Genesis und Westernhagen werden die Leute weiterhin kaufen, nur für die kleinen Bands bleibt bei diesen Preisen kein Geld übrig.“

Die Manager der großen Konzerne stört dies jedoch wenig. WEA-Chef Gerd Gebhard meint: „Wenn die Kids 150 bis 200 Mark für Jeans oder Turnschuhe ausgeben können, sollten sie auch in der Lage sein, etwas mehr für die Schallplatte hinzulegen.“ Bei dem



knappen Einkommen vieler Jugendlicher ist das eine Frechheit!

Während die Befürworter der Marktwirtschaft behaupten, daß die Konkurrenz nicht nur das Geschäft belebe, sondern auch den Verbrauchern nützt, sieht die der „real existierenden Kapitalismus“ ganz anders aus. Die Monopole der Unterhaltungsindustrie gehen gemeinsam vor, um uns abzuzocken!

PS. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie sind CDs entgegen den Werbeversprechen nicht ewig haltbar. Nach ca. 15 Jahren droht die Versiegelung der Plastikscheibe undicht zu werden - der Silberling verrostet und wird unbrauchbar. Die heute als rückständig belächelten LP-Sammler werden also vielleicht bereits kurz nach der Jahrtausendwende triumphierend ihre etwas kratzigen und rauschenden Scheiben aufliegen, während der Rest der Welt seine teuer erworbenen CD-Bestände auf den Müll wirft.

Markus Kourdji, Kassel

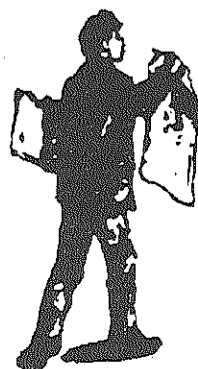
Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504 Fax. /137280



Ich möchte

VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)

NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____

Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

Bremen: 6000 Stahlarbeitsplätze bei Klöckner bedroht

Das große Schweigen

In den Medien scheint das große Schweigen ausgebrochen zu sein. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß vom Weser-Kurier bis zur Tageszeitung, von den Tagesthemen bis zur Lokalsendung „Buten und Binnen“ die Nachricht von der drohenden Schließung der Klöckner-Hütte so wenig Resonanz bekommt? Immerhin geht es um die Zukunft der ganzen Region!

6.000 Klöckner-Arbeiter würden ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn der geplante Deal zwischen der Klöckner-Stahl GmbH Duisburg und dem holländischen Stahlkonzern Hoogovens über die Bühne geht.

Das bedeutet die Stilllegung der beiden Bremer Hochöfen, die dann keinen Rohstahl mehr produzieren, sondern von Hoogovens geliefert bekommen. Das Metall wird dann von der Restbelegschaft der Bremer Hütte weiterverarbeitet. Allein das bedeutet den Rauschmiß von 50 Prozent der jetzigen Belegschaft.

Übrig bleibt das Walzwerk, das auf Lieferungen aus Holland angewiesen ist. Wo bleibt der Sinn dieser kostenaufwendigen Produktion für den Konzern, der den Rohstahl erst einmal durch halb Europa transportieren müßte? Es droht die komplette Schließung des Werks nach der Übernahme:

Durch das Stilllegen von Produktionsanlagen und den Abbau von Arbeitsplätzen soll die Industrie nach dem Willen des Dachverbandes europäischer Stahlproduzenten saniert werden. Dies wird von der Montanunion mit 30 DM pro Tonne nichtproduzierten Stahls und 200.000 DM pro abgebautem Arbeitsplatz gefördert.

Kommt es auf der Bremer Hütte zu Massenentlassungen, wird damit die ganze Region platt gemacht, denn nicht nur den 6.000 Kollegen, sondern auch 220 Firmen mit über 2.000 Beschäftigten auf dem Gelände der Hütte wird die Zukunft genommen. Auch der Handel- und Dienstleistungsbereich wird getroffen, da die Region 100 Millionen DM an Kaufkraft verliert.

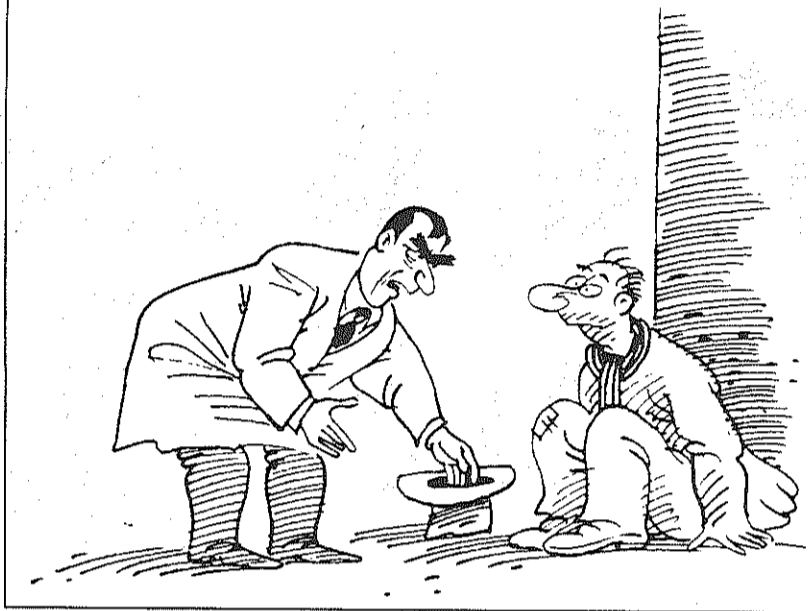
Die Bremer Hütte ist das modernste Stahlwerk Europas. Die Ingenieure des Werkes lassen sich immer mehr Raffinessen einfallen, um in kürzester Zeit möglichst viel Stahl zu produzieren. Man könnte die gesparte Zeit in Arbeitszeitverkürzung für die Kollegen umsetzen, was die Arbeitsbedingungen sehr verbessern oder das Rentenalter herabsetzen würde.

Aber nein, schließlich leben wir in der freien Marktwirtschaft, wo die Pro-

fitte wichtiger sind als der Erhalt und die Verbesserung von Arbeitsplätzen. Wenn durch Nicht-Produktion mehr verdient werden kann als mit der Produktion, dann werden mal eben 6.000 Kollegen auf die Straße gesetzt. Die Pläne zur Klöckner-Schließung passen so richtig ins Konzept der Bundesregierung. Alle gewerkschaftlichen Rechte, von der Lohnfortzahlung bis zu den Tarifen werden im Namen des Profits in

- ▶ Vergesellschaftung der Stahlindustrie unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften.
 - ▶ Bundesweiter Stahlplan zur Koordination der Betriebe und zur Vermeidung von Konkurrenz auf Kosten der KollegInnen
- Martin Korte, Mitglied im Vertrauenskörper der deutschen Airbus Bremen

„Also, mit dem Solidarpakt fangen wir mal bei Ihnen an“



Frage gestellt.

Überall in Norddeutschland kommen Arbeitsplätze unter Beschuß. Auch bei der deutschen Airbus, die mit einem Stellenabbau von 2.000 Arbeitsplätzen dabei ist, was konkret für mein Ausbildungsjahr und meine Wenigkeit bedeutet, nach der Ausbildung keinen unbefristeten Arbeitsvertrag zu bekommen. „Nach 6 Monaten könnt Ihr ja zum Bund gehen oder heiraten und Kinder kriegen“, anders hat sich jedenfalls die Entschuldigung der Werksleitung nicht angehört.

Am 1. Dezember demonstrierten 7.000 gegen die Schließung der Klöckner-Hütte. Aber die Redner, darunter der Bürgermeister Wedemeier (SPD) und viele IG Metall-Redner, hatten keine klare Kampfstrategie anzubieten. Von der SPD fordern wir, endlich mit der peinlichen Anbiederung an die Regierung aufzuhören und wieder Arbeiterinteressen zu vertreten. Der IG Metall schlagen wir folgende Forderungen vor:

- ▶ Kampf um jeden Arbeitsplatz.
- ▶ Beschleunigung der Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.

Zum Stahltarifabschluß

„Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze“

Interview mit Dieter Kalthoff, Vertrauensmann bei der Krupp Stahl AG, Duisburg-Rheinhausen.

Wie bewertest Du den Tarifabschluß für die nordwestdeutsche Stahlindustrie, der 3,27 Prozent bei einer Laufzeit von 18 Monaten vorsieht?

Der Abschluß ist nicht gut angekommen. Ich persönlich bewerte ihn eher negativ. Wir haben 7,5 Prozent gefordert und können auch belegen, daß wir das brauchen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Forderung nie voll durchkommt, so liegt dieser Abschluß bei weniger als der Hälfte der Forderung. Ich sehe nicht, daß dadurch irgendwelche Arbeitsplätze sicherer werden, und eine Reihe meiner Kollegen sieht das auch so.

Wie ist der Abschluß in der IGM und an der Basis angekommen?

In der IG Metall ist die Wertung gespalten. Einerseits ist die Lage in der Stahlindustrie düster, und viele sagen, wir können jetzt nicht allzuviel fordern. Aber die lange Laufzeit stieß doch auf große Unzufriedenheit. Ich bin schon von Kollegen im Betrieb beschimpft worden. Die hören ja auch, daß die Ar-



beitgeber, Kohl und die Bundesregierung hochzufrieden sind und wissen dann, daß der Abschluß nicht gut sein kann.

Aber auch im Betrieb ist die Stimmung gespalten. Zum Beispiel die Elektriker, Schlosser, allgemein die Facharbeiter, standen voll hinter der Forderung. Bei den Produktionsarbeitern sah es zum Teil schon anders aus; sie meinten, wegen der schlechten Lage müßte es eigentlich eine Nullrunde geben. Ich habe ihnen dann erklärt, daß der Abschluß ja eine Nullrunde ist bzw. sogar Reallohnverlust bedeutet.

Für die Angestellten bedeutet der Abschluß eine dreimonatige Nullrunde, denn ihre Gehälter werden erst ab 1. Februar erhöht, weil sie die Vorweganhebung ab November nicht bekommen haben. Und da sagen wir doch sonst immer, Arbeiter und Angestellte sollen nicht gespalten werden.

Die Verhandlungen kamen ja recht schnell zum Abschluß ...

Ja, ich habe es morgens im Radio gehört und war auch ganz überrascht. Ich hatte den Eindruck, die IGM wollte es schnell durchziehen und keine Unruhe haben. Wir haben bei der 4. Verhandlungsrunde Kollegen zum Verhandlungsort mobilisiert, um unseren Vertretern den Rücken zu stärken. Darüber waren einige Funktionäre gar nicht erfreut, wir wurden dafür kritisiert.

Eine Betriebsräte und ich, wir haben uns auch sehr geärgert über ein IGM-Flugblatt zum Ergebnis. Die Zahlenspielerien kann man nicht nachvollziehen, da fühlt man sich auf den Arm genommen. Die kommen auf ein Volumen von 4,25 Prozent, aber da ist die Vorweganhebung von 0,85 Prozent mit drin, die ja eigentlich noch zur alten Runde gehört. So kann man nicht rechnen.

Mit der Tarifrunde im letzten Jahr hatten wir versucht, Anschluß an die metallverarbeitende Industrie zu bekommen. Aber jetzt ist die Kluft wieder größer geworden. Zum Beispiel in der Lohngruppe 6 gibt es im Stahlbereich 15,24 DM/Std., bei der Metallverarbeitung aber über 20,- DM.

Wie schätzt Du die allgemeine Lage in der Stahlindustrie ein?

Zur Zeit recht düster. Von Brüssel aus wird auf Kapazitätsabbau gedrängt. Wir produzierten 1991 in der BRD 41 Millionen Tonnen im Jahr und sollen runter auf 36,5 Millionen – das ist ungefähr die Kapazität von Klöckner. Die Kollegen bei Klöckner haben recht: wenn erst mal die gesamte Flüssigphase wegverlagert wird, dann ist bald die ganze Hütte in Gefahr. Wir haben von Rheinhausen aus eine Delegation zur Demonstration nach Bremen geschickt.

Auch in unserem Werk arbeiten wir ab dem 13. Dezember kurz. Bei Krupp-Industrietechnik soll die Werkstatt zum Jahreswechsel geschlossen werden. Die Kollegen dort haben jetzt ein Mahnwachen-Zelt vorm Werk aufgestellt und LKWs blockiert. Wir unterstützen sie natürlich.

Millionen sind stärker als Millionäre

VORAN fordert die SPD- und Gewerkschaftsführungen auf, jede Zusammenarbeit mit der Regierung einzustellen und gegen Kohls Kabinett und die Bosse mit folgenden Forderungen zu mobilisieren:

- ★ Keine militärischen Einsätze der Bundeswehr, auch nicht unter UNO-Schirmherrschaft
- ★ Sofortige Neuwahlen, da die Regierungskoalition keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung hat
- ★ Für eine SPD-Regierung, die eine sozialistische Politik durchführt: „Ran an die 680 Milliarden, die die deutschen Unternehmer als flüssige Mittel auf ihren Konten angesammelt haben. Schluß mit der Diktatur von Banken und Großkonzernen: Verstaatlichung der 200 größten Banken, Versicherungen und Konzerne unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften.“
- ★ Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der nicht die Profite der Millionäre, sondern die Interessen von Millionen entscheiden.
- ★ Kein weiterer Sozialabbau
- ★ Arbeit für alle; gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West
- ★ Stopp aller Privatisierungen.
- ★ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre
- ★ Weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- ★ Bezahlbare Wohnungen für alle
- ★ Weg mit der Gesundheitsreform
- ★ Pflegeversicherung auf Kosten der Unternehmer
- ★ Hände weg vom Asylrecht

Hannoversch-Münden/Niedersachsen

Rassistisches Erpressungsmanöver der WMU

Hannoversch-Münden (Niedersachsen) und die Firma Weser-Metallumform haben in den letzten Wochen für Schlagzeilen gesorgt. Der Grund: Die zwei Geschäftsführer von WMU versuchten die Stadt zu erpressen, um die Unterbringung von Flüchtlingen in einem Bürgerhaus und die Einrichtung einer ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber) zu verhindern.

Doch die Asylsuchenden waren auch in diesem Fall nur Mittel im Kampf um knallharte Unternehmerinteressen. Die Taktik der Kohlregierung – Asyldebatte als Ablenkungsmanöver – macht Schule.

Am 8.10.92 verfaßten die Geschäftsführer der WMU einen Brief an Müdens Stadtdirektor Lange, in dem sie forderten, keine Sinti und Roma im Dorfgemeinschaftshaus unterzubrin-

gen und die Einrichtung der ZAST in der ehemaligen Kaserne zu verhindern. Käme die Stadt diesen Wünschen nicht nach, würden sie entweder die Firma mit 150 Beschäftigten schließen oder mit ihr umziehen.

Ihre Begründung war, daß das Dorfgemeinschaftshaus an ihre Privatgrundstücke grenze und die Unterbringung von Asylsuchenden ihre „Ruhe stören“ würde (ganz zu schweigen von den „sozialen Spannungen“ mit den davon angezogen „Extremisten von rechts und links“). Und dabei seien die Häuser doch wegen des Erholungswertes mit „viel Geldaufwand“ erstellt worden.

Eine Einrichtung der ZAST lehnten sie ab, weil sie angeblich selbst Pläne mit dem ehemaligen Kasernengelände haben. Wie fadenscheinig die Argumentation ist, wird schnell klar.

Laut Stadtkämmerer Lütcke hat die Stadt bereits ein 10.000 qm großes Gelände für WMU zur Verfügung gestellt. Was den angedrohten Wegzug anbe-

langt, so ließ der Betriebsrat verlauten, daß schon länger wegen Steuervorteilen eine Verlagerung der Verwaltung nach Hessen geplant sei.

Daß es da bei den Forderungen nicht um „soziale Spannungen mit Asylsuchenden“ geht, liegt auf der Hand.

Die Geschäftsführung begnügt sich aber nicht damit, die Stadtverwaltung zu erpressen. Laut zuständigem Bearbeiter der IG Metall, Walter Birkholz, setzte sie den Betriebsrat so lange unter Druck, bis der nicht nur von der mißbilligenden Presseerklärung der IG Metall Abstand nahm, sondern sich sogar gegen Gewerkschaft und Stadt hinter den Firmenvorstand stellte.

Und auch die Müdenser Bürger blieben nicht verschont. Die Bürgerinitiative gegen die ZAST, die seit geraumer Zeit Müdens mit Anti-ZAST Plakaten zulebt, ist wesentlich durch die WMU mitfinanziert.

Reaktionen auf diesen Skandal blieben natürlich nicht aus. Das Netzwerk gegen Ausländerfeindlichkeit mobili-

sierte 1.400 EinwohnerInnen auf eine Protestdemonstration und sogar die Presse lehnte den Erpressungsversuch größtenteils ab.

Auch der Stadtdirektor Lange hielt sich mit scharfer Kritik nicht mehr zurück, nachdem der Vorfall einmal (gegen seinen Willen) an die Öffentlichkeit gelangt war. Das brachte ihm dann auch gleich eine Strafanzeige wegen Beleidigung ein.

Seit Mitte November hat sich die Situation entschärft. Doch von einer Niederlage der Geschäftsführung kann kaum die Rede sein. Zwar sind gegenseitige Strafanzeigen fallengelassen worden und die WMU-Chefs nehmen jetzt von ihren Forderungen in Bezug auf die ZAST Abstand, doch im Gegenzug gibt sich die Stadt bemüht, den wirtschaftlichen Interessen des Betriebes nachzukommen. Die Taktik ist also voll aufgegangen.

Helgard Schulze, Jungsozialistin und Mitglied der IG Metall Göttingen

VORAN

Inhalt

Wie kam Hitler an die Macht? Seiten 6/7
Entlassungen im Stahlbereich Seite 11
Kein Verlaß auf Polizei & Justiz Seite 2

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 147 - Dezember 1992/ Januar 1993

1,- DM - Solidaritätspreis: 3,- DM

Massenentlassungen und Rezession

Entlaßt die Bosse, nicht die Arbeiter!

Zwei Jahre Kapitalismus im Osten und jeder zweite Arbeitsplatz ist weg. Seit Sommer geht es auch im Westen bergab. Arbeitsplätze werden vernichtet, Massenentlassungen bahnen sich an, die Zahl der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen steigt jeden Monat. Scheinbar ist das jetzt die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, wie sie uns immer versprochen wurde.

Aber wer ist Schuld an steigender Arbeitslosigkeit? Im Osten waren es angeblich die 40 Jahre sogenannter „Sozialismus“. Und jetzt im Westen? Da müssen andere Sprüche her. „Zu hohe Löhne, zu viele gewerkschaftliche Rechte, zu gute Sozialleistungen gefährden Arbeitsplätze und Wohlstand.“ Das heißt nach Unternehmerlogik: der Wohlstand gefährdet den Wohlstand. Je mehr Wohlstand, desto gefährlicher.

Richtig ist: Die Millionäre und Milliardäre, die Spekulanten und Großaktionäre wollen ihre Gewinne, ihren Reichtum, ihren Wohlstand auf unsere Kosten verteidigen.

Die Unternehmer können nicht bestreiten, daß sie es sind, die Arbeitsplätze abbauen, Leute entlassen. Doch glaubt man ihren Argumenten, dann bauen sie ja nur Arbeitsplätze ab, um Arbeitsplätze zu sichern. In 10 Jahren Aufschwung haben sie auch nur Gewinne gemacht, um Arbeitsplätze zu schaffen. Und das unternehmerische Risiko besteht darin, daß man sich in Krisenzeiten eventuell von lieb gewonnenen Mitarbeitern trennen muß. Die Unternehmer sind wirklich arme Schweine und deshalb ist es gerade in harten Zeiten wichtig, daß wir ihnen beistehen - mit einem Solidarpakt.

Soweit die Unternehmerpropaganda, vorgebracht und verstärkt durch ihre Regierungslautsprecher Kohl, Waigel und Möllemann.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. In Ostdeutschland wurde die Arbeitsplatzvernichtung mit dem Argument betrieben, dadurch ginge es wieder aufwärts. Was aufwärts geht, ist die Arbeitslosigkeit.

In Großbritannien wurden unter Thatcher mehr Industriebetriebe vernichtet, mehr Staatsunternehmen privatisiert und mehr Gewerkschaftsrechte stranguliert, als in jedem anderen Land in Westeuropa. Alles im Namen der Arbeitsplatzsicherung. Heute hat Großbritannien die längste Rezession und die meisten Arbeitslosen in Westeuropa.

In der BRD forderte FDP-Graf Lambsdorff 1982 den Abbau von Sozialleistungen und Arbeitsnehmerrechten, weil nur so die Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden könne. „Die schlimmste soziale Unausgewogenheit wäre eine andauernde Arbeitslosigkeit von zwei Millionen Erwerbsfähigen oder mehr“, so der damalige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff



Straßensperre vor dem Werk für Fernseh elektronik in Berlin

im September 1982. Sieben Jahre später lag die Arbeitslosenzahl immer noch über zwei Millionen und inzwischen bewegt sie sich erneut wieder in diesem Bereich.

Fazit: Kein Vertrauen in die Rezepte von Kohl und Kapital. Nur der Kampf um Arbeitsplätze kann Arbeitsplätze sichern. Aber der Kampf muß richtig geführt werden. Damit wir nicht am Ende zusammen arbeitslos sind, müssen wir jetzt zusammen kämpfen. Wenn Hunderttausende von Entlassungen bedroht sind, dann müssen wir jetzt zusammen dagegen aufstehen. Wie lange noch sollen die Tausenden von Entlassungen mit Einzelkämpfen beantwortet werden?

Höchste Zeit, daß die Gewerkschaftsführer die Kämpfe zusammenfassen, verbinden, den Widerstand organisieren. Dabei müssen die Arbeitslosen mit einbezogen werden.

Höchste Zeit, daß wir verstehen: Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassungen sind kein ostdeutsches Phänomen, sondern ein kapitalistisches. Die Treuhandpolitik ist kapitalistische Politik.

Es gibt eine Alternative zur Massenarbeitslosigkeit. Alles, was gebraucht wird, ist vorhanden. Arbeit, Arbeitskräfte, Geld. Arbeit im Wohnungsbau, Umweltschutz, sozialen Bereichen usw. Über drei Millionen Arbeitslose, die mit anpacken wollen, und Geld ist auch genug da. Anfang 1982 besaßen die Unternehmer laut Bundesbank 680 Millionen Mark flüssige Mittel bei einem Geldvermögen von insgesamt 1.670 Milliarden Mark.

Wenn sich dieses Wirtschaftssystem unsere Arbeit nicht mehr leisten kann, können wir uns dieses Wirtschaftssystem nicht mehr leisten!

Die SPD-Führung muß aufhören, den Unternehmern gute Ratschläge geben zu wollen und an deren Argumente zu glauben. SPD und Gewerkschaften sollten anfangen, den Widerstand gegen Massenentlassungen und Sozialabbau breit zu organisieren.

Georg Kümmler, Aachen
Jungsozialist

Millionen sind stärker als Millionäre!
siehe Seite 2

➔ Mehr Reiche

Soziale Randgruppen wie Sozialhilfeempfänger, Obdachlose und Milliardäre werden immer größer. Innerhalb der letzten zwei Jahre wuchs die Zahl der Milliardäre von 82 auf 95. Zusammen besitzen sie ein Vermögen von immerhin 230 Milliarden DM.

Die reichste Einzelperson ist der Eigentümer des Tengelmann-Konzerns mit einer ganzen Reihe von Supermärkten, Erivan Haub. Er besitzt 9,75 Milliarden DM. Zur Verdeutlichung: Wenn 1000 Supermarkt-Kassiererinnen jeden Monat jeweils 1000 DM sparen würden, bräuchten sie nur ca. 730 Jahre, um zusammen genauso reich zu sein wie ihr Chef. Die Liste der 400 reichsten Deutschen wurde in der Dezember-Ausgabe des Magazins Forbes veröffentlicht.

Werdet aktiv gegen den Nazi-Terror Seiten 1, 2, 4 und 5